

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 2/2013



Politische Häftlinge in Zahlen

Rußland: Alte Feindbilder

Mahnmal-Debatte

Aktuell

- 3 Opferschicksale mehr beachten
„Platz des Volksaufstandes von 1953“
Geld zurück
Kommentar

Recht

- 4 Jugendwerkhof-Akten

International

- 6 Rußland: Alte Feindbilder
Kuba: Haft ohne Anklage
Korea: Gegen „Dekadente Westkultur“

Geschichte

- 7 „Gedenket unserer Gefangenen“

Special

- 8 Wo stand der größte politische Knast?

Dokumentiert

- 10 Protest gegen Abschiebung

Mahnmal

- 11 Komplexer Vorgang

Berichte

- 12 Gesprächsmarathon
- 14 Aufarbeitung national und international
Auch Senioren-Union für Mahnmal
„Power to the people“

Verbände

- 15 Bautzen-Treffen
Jahrestreffen Hoheneckerinnen
Erweiterung mit Sichtgraben
Lernen hinter Gittern
- 16 NKWD-Lager Tost
Beratung in Niedersachsen
Tagungsband
Leserbrief
Bürgertelefon

Service/Bücher

- 17 Workuta
- 18 Wissenschaftliche Aufarbeitung
Via Knast in den Westen
Andersdenkende
- 19 Wo ist Lieutenant Adkins?

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild:

Vor 60 Jahren gab die Bundesrepublik diese Sondermarke heraus, die als „Gefangenenmarke“ bekannt wurde. Nie wieder erreichte eine einzelne deutsche Sonderausgabe diese Auflage von über 101 Million. (s. auch S. 7)

Foto: Abb. Prof. K.H. Walter, Stuttgart, kombinierter zweifarbiger Buchdruck, Kopf in Prägedruck, Michel-Katalog-Nr. BRD 165

Freiheit bewahren

Von Horst Schüler

Also eigentlich will ich Ihnen hier etwas von Workuta berichten. Sie wissen schon, diese einstige Gulag-Strafregion im äußersten Norden Rußlands, von den Einheimischen „Heimat des Teufels“ genannt, nicht nur, weil schreckliche Winterstürme dort herrschen, sondern auch weil die Geschichte dieses Ortes mit Blut geschrieben ist. Ich will Ihnen erzählen von Auflehnung, vom Widerstand der Wehrlosen gegen die Mächtigen, und obgleich das alles schon sechs Jahrzehnte zurück liegt, ist es dennoch nicht nur Erinnerung, sondern auch von Wert für heute und morgen. Doch zuvor ein paar Sätze zu etwas sehr Gegenwärtigem.

Es sind erst wenige Wochen vergangen, seit dieser Fernseh-Dreiteiler namens „Unsere Mütter, unsere Väter“ die Nation erregte. Eine insgesamt gute Darstellung böser Zeiten. Was sich danach aber – geschürt von Medien aller Richtungen – an öffentlicher Diskussion abspielte, lief mal wieder auf die Verurteilung der Generation hinaus, die den Krieg noch erlebt hat. „Großvater, hast du auch auf Menschen geschossen? Hast du vielleicht gar jemanden getötet?“, war das Motto. Und es endete mit dem einmal mehr zu hörenden Vorwurf: „Warum habt ihr euch nicht gewehrt gegen die Nazi-Verbrecher?“ Wir, so klang es oft aus der jüngeren Welt, wir hätten denen die Zähne gezeigt.

Ach ja, sie hätten denen die Zähne gezeigt! Die da so mutig tönen, schauen zwar eilig weg, wenn Menschen auf der Straße halbtot geprügelt werden, sie helfen einem Busfahrer nicht, der von jungen Rowdys bedroht wird, selbst wenn ein Betrunkener eine Frau in der Bahn sexuell belästigt, wagt es kaum einer der anderen Passagiere, gegen den Strolch vorzugehen. Aber ein verbrecherisches Regime, nein, da hätten wir nicht so feige weggehen wie ihr damals.


Natürlich wissen wir Älteren, daß sie alle genau so ihren Kopf eingezogen hätten. Bis auf einige wenige, die auch damals schon Widerstand leisteten. Mit dem Ergebnis, daß sie am Galgen endeten oder vor einem Exekutionskommando, zumin-

dest aber im Gefängnis und Konzentrationslager. Denn das ist die Lehre, die wir Deutschen aus zwei Diktaturen zu ziehen haben: Freiheit und Rechtsstaatlichkeit bewahren wir nur, wenn wir für sie eintreten, so lange wir sie noch haben. Sind Diktatoren erst einmal an der Macht, dann führt Widerstand einzelner gegen sie nur ins Märtyrertum.

So auch in Workuta, im Sommer 1953. Stalins Tod hatte unter den Häftlingen Hoffnungen geweckt: Überprüfung der Urteile! Amnestie! Jeden Tag ein neues Gerücht, das so schnell zerplatzte wie Seifenblasen. Und aus den Hoffnungen wurde Zorn, unbändiger Zorn. Mitte Juli wurde die Arbeit verweigert. Was als Streik begann, wurde umgehend Aufstand.

Ich kann hier nicht auf die dramatischen Einzelheiten eingehen, nur auf das Finale, das sich im Lager 10, im Lager des 29. Schachts ereignete. Der aus Moskau angereiste Armee-General Masslenikow, als einer von drei stellvertretenden Innenministern für den Gulag verantwortlich, ließ in der Nacht zum 1. August das Lager 10 umstellen. Und als die Häftlinge morgens der Aufforderung, sofort die Arbeit aufzunehmen, keine Folge leisteten, erteilte er den Soldaten Schießbefehl. Feuer von allen Seiten in die versammelten Häftlinge. 64 Tote, weit über 150 Verwundete. Wie leicht und schnell sich doch Tragödien hinschreiben lassen.

Ein paar Tage zuvor war in der DDR der Aufstand des Volkes von sowjetischen Panzern niedergewalzt worden. 60 Jahre ist das jetzt her. Neben den großen Gedenkfeiern im kommenden Juni werden die wenigen noch lebenden Deutschen, die als politische Häftlinge in die Sowjetunion verschleppt worden waren, der gewalttätigen Niederschlagung ihres Aufstandes in Workuta gedenken. Und den jungen Generationen werden sie aufgeben:

Glaubt nicht, daß Freiheit selbstverständlich ist. Freiheit will notfalls erkämpft werden. Tretet ein für sie, so lange ihr sie habt. Und zeigt denen die Zähne, die sie bedrohen. 

Opfer-Schicksale mehr beachten

(uokg)Anlässlich der Bundestagsdebatte über den Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur am 22. März 2013 hat der Vorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, Rainer Wagner, folgende Forderungen erhoben:

„Die vielen Baustellen in der Opferentschädigung müssen endlich angepackt werden. Es darf nicht sein, daß nach wie vor unzählige Opfer aus der Gesetzgebung herausfallen. Es darf nicht sein, daß die Opfer langjährigen, zermürbenden Anerkennungsverfahren ausgesetzt sind, nach deren Ende sie häufig kränker als zuvor sind.

Die Schicksale der Opfer verdienen eine stärkere Beachtung in der Öffentlichkeit,

denn eine vollständige Ächtung des Unrechtsstaates hat sich nach wie vor nicht in der Gesellschaft durchgesetzt. Solange die Stasi zum alleinigen Sündenbock gemacht und die Rolle der SED heruntergespielt wird, ist es kaum möglich, künftigen Generationen die gesamte Dimension des Unrechtsregimes darzustellen. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag Roland Jahns, einen Campus der Demokratie einzurichten.

Schließlich muß über ein neues Finanzierungsmodell der politischen Stiftungen zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte diskutiert werden. Deren Etats sind aktuell von den Schwankungen des Kapitalmarkts abhängig. Die Arbeit dieser Stiftungen muß unabhängig hiervon gesichert sein.“

„Platz des Volksaufstandes von 1953“

(bm)60 Jahre nach der Niederschlagung des DDR-Volksaufstandes 1953 soll nun endlich der Platz vor dem Bundesfinanzministerium in Berlin mit einem neuen Namen an die Ereignisse erinnern. Die Fläche an der Ecke Leipziger Straße – Wilhelmstraße soll „Platz des Volksaufstandes von 1953“ benannt werden, so teilte das zuständige Bezirksamt Mitte mit. Zahlreiche Opferverbände hatten sich seit Jahren für die Benennung „Platz des 17. Juni 1953“ eingesetzt. Die For-

derung wurde immer wieder abgewiesen mit der Begründung, das Berliner Straßengesetz lasse eine Dopplung – in diesem Fall zur „Straße des 17. Juni“ – nicht zu.

Die Namensgebung beantragt hatte das Bundesfinanzministerium, dessen heutiger Dienstsitz, zu DDR-Zeiten „Haus der Ministerien“, Ziel Tausender Arbeiter am 16. Juni 1953 war, um zum Generalstreik aufzurufen. Die Demonstration gilt als Beginn des Volksaufstandes.

Geld zurück

(ts)Die österreichische Bank Austria muß nach jahrelangem Rechtsstreit dem deutschen Staat nun 254 Millionen Euro zurückzahlen, die von zwei früheren DDR-Handelsfirmen stammen. Das bestätigte das schweizerische Bundesgericht. Hintergrund sind Gelder zweier Devisenbeschaffungsfirmen der DDR, die von der Vorläuferin der Bank Austria verwaltet wurden. Nach dem Ende der DDR ließ sich die österreichische Kommunistin Josefine Steindling als Gesellschafterin einer der beiden Devisenfirmen von diesen Konten hohe Millionenbeträge auszahlen.

Die frühere Treuhandanstalt in Berlin hatte gegen die österreichische Bank geklagt, weil diese die Auszahlungen zugelassen hatte, ohne sich eine Genehmigung der Treuhand zu beschaffen. Nun will die Bank Austria beim Landgericht Berlin ein Verfahren gegen die Nachfolgerin der Treuhand (BvS) wieder aufnehmen. Die BvS habe die Bank nicht rechtzeitig informiert, daß Steindling nicht mehr verfügungsberechtigt war.

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Kommentar

Bedrückende Umstände

Auf der Leipziger Buchmesse werden den Besuchern immer Hunderte von Autorenlesungen angeboten, die nicht nur auf dem Messegelände in Leipzig-Wiederitzsch, sondern auch in der Innenstadt abgehalten werden. Am Freitag, dem 15. März, sollte unsere Haftkameradin Ellen Thiemann aus Köln aus ihrem dritten Buch „Wo sind die Toten von Hoheneck?“, erschienen 2013 im Münchner Herbig Verlag, lesen.

Ellen Thiemann, 1937 in Dresden geboren, hat über drei Jahre im Zuchthaus Hoheneck im Erzgebirge verbracht und darüber ihr erstes Buch „Stell dich mit den Schergen gut“ (1984) geschrieben. Sie ist eine unermüdliche Kämpferin gegen das Vergessen des Unrechts und des Leids, das Zehntausenden politischer Häftlinge zugefügt wurde, und gegen die zunehmende Aufwertung des SED-Staats heutzutage.

Ihre Leipziger Lesung fand unter bedrückenden Umständen im Museum „Runde Ecke“ am Dittrichring statt, das bis 1989 Hauptquartier der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit war. Offensichtlich hatte Museumsleiter Tobias Hollitzer, selbst einst politisch Verfolgter, für diese Lesung einer Zeitzeugin keinen geeigneten Raum finden können und brachte die Zuhörer in einem engen Flur unter. Auch die aus München angereisten Verlagsvertreter zeigten sich entsetzt über diese Demütigung; die Lesung

wurde dann nur deshalb nicht abgesagt, weil zwölf ehemalige Hoheneckerinnen extra zu dieser Buchvorstellung angereist waren.

Merkwürdig war nur, daß an der nachfolgenden Lesung der bekennenden MfS-Mitarbeiterin „Jana Döhning“, so ihr Pseudonym, aus ihrem Roman „Stasirate“ (Köln 2012) Vertreter überregionaler Zeitungen teilnahmen, die den Weg zu Ellen Thiemann eine Stunde zuvor nicht gefunden hatten. Das, was die Stasi-Aktivistin zu verkünden hatte, war ihnen offensichtlich wichtiger. Auf Seite 73 ihres Buches gibt „Jana Döhning“ offen zu, als „inoffizielle Mitarbeiterin“ tätig gewesen zu sein: „Der Druck wird stärker, und ich fühle, dass ich ihm nicht mehr lange standhalten werde. Wieder und wieder überlege ich, was genau mich bewogen hat, eine Verpflichtungserklärung bei der Staatssicherheit zu unterschreiben und regelmäßig über meine Mitmenschen zu berichten.“

Immerhin mußte in Leipzig ein dummer Junge von 17 Jahren, der in der Uniform eines Stasi-Offiziers auftrat, die Messehallen verlassen, nachdem unsere Kameradin Tatjana Sterneberg schärfstens dagegen protestiert hatte.

Jörg Bernhard Bilke

Jugendwerkhof-Akten

Übersicht über den Verbleib von Unterlagen ehemaliger Jugendwerkhöfe der DDR

Die Jugendwerkhöfe wurden mit „Anordnung über die Spezialheime der Jugendhilfe vom 22.04.1965“ aus der Zuständigkeit der Räte der Kreise herausgelöst und den Räten der Bezirke, Abteilung Volksbildung unterstellt. Daher sind die Aktenbestände einzelner Jugendwerkhöfe, soweit überliefert, in den regionalen Archiven (Landesarchive, Kommunal- bzw. Kreisarchive) zu suchen.

Die Zusammenstellung der Jugendwerkhöfe (JWH) erfolgt entsprechend den heutigen östlichen Bundesländern und ist darin nach Orten alphabetisch sortiert. Da eine Vielzahl von Jugendwerkhöfen in der Zeit 1949 – 1989/90 entstanden, aber auch aufgelöst oder verlegt wurden, basiert die nachfolgende Auflistung auf verschiedenen Übersichten aus den 60er, 70er und 80er Jahren. Bei mehreren Jugendwerkhöfen, insbesondere in den heutigen Bundesländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, war es trotz Anfragen bei den entsprechenden Landesarchiven bisher nicht möglich, den genauen Verbleib der Unterlagen zu ermitteln. Um den Verlust von Informationen zu vermeiden, wird unabhängig davon trotzdem auf die regional zuständigen Archive verwiesen.

Besonderheit: Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau (Bezirk Leipzig) wurde zentral durch das Ministerium für Volksbildung angeleitet. Der Aktenbestand ist im Bundesarchiv – Dienststelle Berlin (Finckensteinallee 63, 12205 Berlin) unter der Bestandssignatur DR 203 überliefert.

Aufgrund der Fülle der Informationen ist es nicht möglich, die Gültigkeit jeder einzelnen Adresse sowie sonstigen Informationen in regelmäßigen Abständen abzuprüfen. Korrekturen bzw. Ergänzungen werden gerne unter nachstehender Adresse entgegengenommen:

Bundesarchiv, Referat DDR 1 – Herr Storch, Finckensteinallee 63, 12205 Berlin (E-Mail t.storch@bundesarchiv.de)

Grundsätzlich ist zu unterscheiden zwischen „Einweisungsvorgängen“ und Unterlagen der jeweiligen Heime. Hinsichtlich möglicher Einweisungsvorgänge müssen sich die Betroffenen an das Jugendamt ihres damaligen Geburtsortes bzw. Wohnortes wenden. Die Einweisung erfolgte durch den Rat der Stadt bzw. Rat des Kreises, Abteilung Jugendhilfe/Heimerziehung, in eine Heimeinrichtung. Danach wurde nach Kapazität, Schwere

der Anschuldigung und Geschlecht das Heim ausgewählt. Die Einweisungsakten wurden allerdings bei den Heimen bereits zu großen Teilen auf Grund der kurzen Aufbewahrungsfristen vernichtet.

Bis zum 30. Juni 2016 können betroffene ehemalige Heimkinder der DDR mit der zuständigen Anlauf- und Beratungsstelle Vereinbarungen über Leistungen aus dem Fonds „Heimerziehung in der DDR“ schließen. Auskünfte zu den Anlauf- und Beratungsstellen in den Bundesländern erhalten Sie kostenfrei unter folgender Telefonnummer: 0800 100 49 00 oder im Internet unter <http://www.fonds-heimerziehung.de>

In dem Bemühen, den Anfragenden trotz teilweise noch fehlender Angaben einen Überblick über Namen und Orte der Jugendwerkhöfe zu geben, entstand aufgrund von Informationen der jeweils zuständigen Landes- bzw. Staatsarchive die nachfolgende Übersicht.

Land Mecklenburg-Vorpommern

1. Jugendwerkhof „Franz Slomski“ Olgashof bei Kletzin

(Krs. Wismar, Bez. Rostock)

Ansprechpartner: Landkreis Nordwestmecklenburg – Fachdienst Bildung und Kultur – Sachgebiet Kultur und Archiv im Börzower Weg 3 in 23936 Grevesmühlen

2. Jugendwerkhof „Willi Schröder“ Rühn

(Krs. Bützow, Bez. Schwerin)

Ansprechpartner: Landeshauptarchiv Schwerin in der Graf-Schack-Allee 2 in 19053 Schwerin

Angaben fehlen zu:

- Jugendwerkhof „Junges Leben“ Alt Gaarz (Krs. Waren-Müritz, Bez. Neubrandenburg)
- Jugendwerkhof Demmin (Krs. Demmin, Bez. Neubrandenburg)
- Jugendwerkhof „Neues Leben“ Gerswalde (Krs. Templin, Bez. Neubrandenburg)
- Jugendwerkhof Reinstorf (Krs. Wismar-Land, Bez. Rostock)

Land Brandenburg

Angaben fehlen zu:

- Jugendwerkhof Bröthen (Krs. Hoyerswerda, Bez. Cottbus)

- Jugendwerkhof Drehna (Krs. Hoyerswerda, Bez. Cottbus)
- Jugendwerkhof Finsterwalde (Krs. Finsterwalde, Bez. Cottbus)
- Jugendwerkhof Flemisdorf (Krs. Angermünde, Bez. Frankfurt/Oder)
- Jugendwerkhof Freienhufen-Birkenhain (Krs. Senftenberg, Bez. Cottbus)
- Jugendwerkhof Gorgast (Krs. Seelow, Bez. Frankfurt/Oder)
- Jugendwerkhof Groß-Leuthen (Krs. Lübben, Bez. Cottbus)
- Jugendwerkhof Hennickendorf (Krs. Strausberg, Bez. Frankfurt/Oder)
- Jugendwerkhof Lehnin (Krs. Brandenburg-Land, Bez. Potsdam)
- Jugendwerkhof Letschin (Krs. Seelow, Bez. Frankfurt/Oder)
- Jugendwerkhof Siethen (Krs. Zossen, Bez. Potsdam)

Land Sachsen-Anhalt

1. Jugendwerkhof

„Hübner Wesolek“ Bernburg
(Krs. Bernburg, Bez. Halle)

2. Jugendwerkhof „Rudolf Breitscheid“ Eckartsberga

(Krs. Naumburg, Bez. Halle)

3. Jugendwerkhof

„Ernst Thälmann“ Wittenberg
(Krs. Wittenberg, Bez. Halle)

4. Außenstelle Jugendwerkhof „Ernst Thälmann“ Wittenberg, Antoniusmühle

5. Außenstelle Jugendwerkhof „Ernst Thälmann“ Wittenberg, Luthersbrunnen

Ansprechpartner für die o.g. Jugendwerkhöfe Nr. 1–5:
Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg in der König-Heinrich-Straße 83 in 06217 Merseburg

Angaben fehlen zu:

- Jugendwerkhof Aschersleben (Krs. Aschersleben, Bez. Halle)
- Jugendwerkhof „August Bebel“ Burg (Krs. Burg, Bez. Magdeburg)
- Jugendwerkhof „Neues Leben“ Burg (Krs. Burg, Bez. Magdeburg)
- Jugendwerkhof „Edgar Andre“ Coswig (Krs. Rosslau, Bez. Halle)
- Jugendwerkhof Magdeburg (Krs. und Bez. Magdeburg)

Land Sachsen

**1. Jugendwerkhof „Martin-Ander-
sen-Nexö“ Bräunsdorf**
(Krs. Freiberg, Bez. Karl-Marx-Stadt)

2. Jugendwerkhof Crimmitschau
(Krs. Werdau, Bez. Karl-Marx-Stadt)

**3. Jugendwerkhof
„Rosa Luxemburg“ Klaffenbach**
(Krs. und Bez. Karl-Marx-Stadt)

**4. Jugendwerkhof
Schloss Voigtsberg, Oelsnitz/V.**
(Krs. Oelsnitz, Bez. Karl-Marx-Stadt)

**5. Jugendwerkhof „A.S.
Makarenko“ Scharfenstein**
(Krs. Zschopau, Bez. Karl-Marx-Stadt)

Ansprechpartner für die o.g. Jugend-
werkhöfe Nr. 1–5: Sächsisches Staats-
archiv, Staatsarchiv Chemnitz in der
Schulstraße 38 in 09125 Chemnitz

**6. Jugendwerkhof und Spezialkin-
derheim „Ernst Schneller“ Eilen-
burg** (Krs. Eilenburg, Bez. Leipzig)

Ansprechpartner: Sächsisches Staats-
archiv, Staatsarchiv Leipzig in der
Schongauerstraße 1 in 04328 Leipzig
und Landratsamt Nordsachsen in
04855 Torgau

7. Jugendwerkhof Kottmarsdorf
(Krs. Löbau, Bez. Dresden)

**8. Jugendwerkhof „Käthe Kollwitz“
Moritzburg** (Krs. und Bez. Dresden)

**9. Jugendwerkhof „Röderhof“/
„Lilo Hermann“ Rödern**
(Krs. Großenhain, Bez. Dresden)

Ansprechpartner für die o.g. Jugend-
werkhöfe Nr. 7–9: Sächsisches Staats-
archiv, Hauptstaatsarchiv Dresden,
Postfach 100 444 in 01074 Dresden

Angaben fehlen zu:

- Jugendwerkhof Brauna
(Krs. Kamenz, Bez. Dresden)
- Jugendwerkhof Brand-Erbisdorf
(Krs. Brand-Erbisdorf,
Bez. Karl-Marx-Stadt)
- Jugendwerkhof „8. Mai“ Freital
(Krs. Freital, Bez. Dresden)
- Jugendwerkhof „Junge Welt“ Freital
(Krs. Freital, Bez. Dresden)
- Jugendwerkhof Neuoberhaus,
Johanngeorgenstadt (Krs. Schwarzen-
berg, Bez. Karl-Marx-Stadt)
- Jugendwerkhof „Ernst Schneller“
Sachsenburg (Krs. Hainichen,
Bez. Karl-Marx-Stadt)

Land Thüringen

**1. Jugendwerkhof „Geschwister
Scholl“ Bad Köstritz**
(Krs. Gera-Land, Bez. Gera)

Ansprechpartner:

- Thüringisches Staatsarchiv
Rudolstadt, Schloß Heidecksburg
in 07407 Rudolstadt
- Landratsamt Greiz, Kreisarchiv,
Postfach 1352 in 07962 Greiz
- Jugendheim „Geschwister Scholl“,
Eleonorenstraße 20a in
07586 Bad Köstritz

**2. Jugendwerkhof
„Junge Garde“ Cretzschwitz**
(Krs. Gera-Land, Bez. Gera)

Ansprechpartner:

- Thüringer Landesbetrieb für Arbeits-
schutz und Technischen Verbraucher-
schutz, Dezernat 1, z.H. Frau Müller,
Karl-Liebknecht-Straße 4 in 98527
Suhl
- Landratsamt Greiz, Kreisarchiv, Dr.
Rathenau-Platz 11 in 07973 Greiz
- Stadtarchiv Gera, Otto-Dix-Stadt
Gera, FD Zentrale Dienste, Gagarin-
straße 99/101 in 07545 Gera

**3. Jugendwerkhof
„Phillip Müller“ Friedrichswerth**
(Krs. Gotha, Bez. Erfurt)

**4. Außenstelle Jugendwerkhof
„Phillip Müller“
Friedrichswerth, Hørselgau**
(Krs. Mühlhausen, Bez. Erfurt)

Ansprechpartner für die o.g. Jugend-
werkhöfe Nr. 3–4: Landratsamt Kyffhäu-
serkreis, Jugend- und Sozialamt, Markt 8
in 99706 Sondershausen

5. Jugendwerkhof Gebesee
(Krs. Sömmerda, Bez. Erfurt)

Ansprechpartner:

- Landratsamt Kyffhäuserkreis,
Jugend- und Sozialamt, Markt 8
in 99706 Sondershausen
- Jugendhilfe Gebesee GmbH,
z.H. Frau Konrad, Gartenstraße 1a
in 99189 Gebesee

6. Jugendwerkhof Höngeda
(Krs. Mühlhausen, Bez. Erfurt)

Ansprechpartner:

- Thüringer Landesbetrieb für Arbeits-
schutz und Technischen Verbraucher-
schutz, Dezernat 1, z.H. Frau Müller,
Karl-Liebknecht-Straße 4 in 98527
Suhl

- Landratsamt Unstrut-Heinich-Kreis,
Lindenbühl 28/29 in 99974 Mühl-
hausen

7. Jugendwerkhof Hohenleuben
(Krs. Zeulenroda, Bez. Gera)

Ansprechpartner:

- Landratsamt Kyffhäuserkreis, Jugend-
und Sozialamt, Markt 8 in 99706
Sondershausen
- CJD Heinrichstift Hohenleuben, z.H.
Frau Rode, Erich-Weinert-Straße 11
in 07958 Hohenleuben

**8. Jugendwerkhof „Ehre der
Arbeit“ Hummelshain**
(Krs. Jena-Land, Bez. Gera)

Ansprechpartner:

- Landratsamt Saale-Holzland-Kreis,
Kreisarchiv, Postfach 1310 in 07602
Eisenberg
- Stadtverwaltung Jena, Stadtarchiv,
Postfach 100 388 in 07703 Jena
- Thüringer Landesbetrieb für Arbeits-
schutz und Technischen Verbraucher-
schutz, Dezernat 1, z.H. Frau Müller,
Karl-Liebknecht-Straße 4 in 98527
Suhl

9. Jugendwerkhof Römhild
(Krs. Hildburghausen, Bez. Suhl)

Ansprechpartner:

- Thüringisches Staatsarchiv
Meiningen, Postfach 100 654
in 98606 Meiningen
- Schloß Glücksburg, z.H. Frau Licht,
Griebelstraße 28 in 98631 Römhild

**10. Jugendwerkhof „Neues Leben“
Woltersdorf** (Krs. Greiz, Bez. Gera)

Ansprechpartner:

- Thüringisches Staatsarchiv
Rudolstadt, Schloß Heidecksburg
in 07407 Rudolstadt
- Landratsamt Saale-Holzland-Kreis,
Kreisarchiv, Postfach 1310 in 07602
Eisenberg
- Thüringer Landesbetrieb für
Arbeitsschutz und Technischen
Verbraucherschutz, Dezernat 1, z.H.
Frau Müller, Karl-Liebknecht-Straße 4
in 98527 Suhl

Angaben fehlen zu:

- Jugendwerkhof Sömmerda
(Krs. Sömmerda, Bez. Erfurt)

(Bearbeitung: Katrin Behr)

Alte Feindbilder

Mit Stand vom 22. März 2013 wurden 2000 russische Nichtregierungsorganisationen mit Überprüfungen seitens der russischen Staatsanwaltschaft, des Justizministeriums und der Steuerbehörden überzogen. Auch das Moskauer Büro der Internationalen Gesellschaft Memorial ist davon betroffen. Dabei drang auch ein Fernsichteam von NTV [staatlich kontrollierter russischer Fernsehsender] in die Räume von Memorial ein und versuchte, ein Live-Interview mit Oleg Orlov, einem der führenden Mitarbeiter des Menschenrechtszentrums von Memorial, zu erzwingen. Kurz darauf wurde von NTV ein diffamierender Beitrag über Memorial ausgestrahlt, der suggerieren soll, daß die Organisation illegal handle und im Auftrag des Auslands tätig sei.

Memorial Deutschland ist empört über diese Verleumdungskampagne. Daß unsere russischen Kollegen im Dienst fremder Mächte stehen sollen, ist eine absur-

de Phantasie, die an das konfrontative und isolationistische Denken aus Zeiten des Kalten Krieges erinnert.

Die Gesellschaft Memorial ist eine unabhängige Bürgerrechtsorganisation. Internationale Geldgeber beteiligen sich zum Teil finanziell an ihren Projekten, um ihre hervorragende Aufklärungs-, Bildungs- und Sozialarbeit zu unterstützen. Die Arbeit ist transparent und wird regelmäßig von den russischen Finanzbehörden überprüft. Auch Memorial Deutschland führt zusammen mit den russischen Kollegen Projekte durch.

Diese gemeinsame Projektarbeit hat nichts mit Fernsteuerung zu tun, sondern beruht auf partnerschaftlichem Miteinander in einer immer enger zusammenrückenden Welt. Die russischen Machthaber und die ihnen nahestehenden Medien bedienen sich alter Feindbilder. Sie ignorieren, daß seit der Zeit der Perestroika internationale

Freundesbeziehungen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens entstanden und gewachsen sind. Die Menschen lassen sich nicht mehr in nationale Grenzen einsperren, sie sind frei in der Wahl ihrer Freunde und Partner.

Gleichzeitig legt die politische Elite, verwoben mit dem neuen russischen Unternehmertum, ihre Reichtümer in ausländischen Steueroasen an und gibt dies sogar, wie die aktuelle Zyperndebatte zeigt, öffentlich zu. Memorial Deutschland empfiehlt den russischen Vermögenden, ihre Mittel im eigenen Land zu investieren, beispielsweise in unabhängige historische und politische Bildungsarbeit und in die Sozialsysteme. Dann könnten sich ausländische Stiftungen und Vereine auf die rein inhaltliche Zusammenarbeit mit ihren russischen Partnern beschränken.


Vorstand
Memorial Deutschland e.V.

Kuba: Haft ohne Anklage

(igfm) Vier Menschenrechtsaktivisten sind am 8. April in Kuba in einen Hungerstreik getreten, um die Freilassung des willkürlich inhaftierten Journalisten Calixto Martínez Arias zu fordern. Wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) berichtet, wird er seit dem 16. September

2012 ohne Anklage gefangen gehalten, weil er über eine Cholera-Epidemie und Fälle von Dengue-Fieber berichtet hatte.

Nach Angaben der IGFM hatten die Behörden auch andere Journalisten und Ärzte bedroht, die die örtliche Bevöl-

kerung informieren und vor Reisen in die Region warnen wollten. Unter den Hungerstreikenden ist auch der Leiter der unabhängigen Nachrichtenagentur „Hablemos Press“ Roberto de Jesús Guerra Pérez. Er ist Mitbegründer der IGFM-Arbeitsgruppe auf Kuba. 

Gegen „Dekadente Westkultur“

„Rodong Sinmun“, das Zentralorgan der herrschenden kommunistischen Partei der Arbeiter in Nord-Korea, hatte bereits vor der aktuellen Verschärfung des Konflikts auf der Halbinsel die nordkoreanische Jugend aufgefordert, die gegenüber der Außenwelt „höherstehende Lebensart“ bei den Volksmassen der Demokratischen Volksrepublik Korea weiterhin emporzuheben. Diese „überlegenen Werte des Landes“ gelte es unbedingt zu wahren.

Zum ersten Mal wurde dabei breit betont, daß es den westlichen kapitalistischen Kulturen nicht erlaubt sein solle, junge Menschen im Norden Koreas zu beeinflussen. Solche wie auch darauf folgende Sätze wären überflüssig im Zentralorgan, wenn das Regime in Pjöngjang nicht befürchten würde, daß trotz der nahezu totalen Abschottung des Landes und aller

Propaganda-Erziehung der Kinder und Jugendlichen diese doch auch für „feindliche Gedanken“ empfänglich wären. So hielt die Parteiführung diese Mahnungen im Sinne des angestrebten kommunistischen Weltbildes der Jugend offenbar für notwendig.

Sie verlangte eine dynamische Kampagne, um „glanzvolle moralische Charaktere“ unter der jungen Generation zu erziehen, so daß die dekadente bürgerliche Lebensart nicht in die nordkoreanische Gesellschaft eindringen könne. Alle staatsfremden oder gar staatsfeindlichen Ideen werden erwartungsgemäß verteufelt: „Das leere Geschwätz der Imperialisten“ sei wie ein „Rauschgift für die jungen Menschen“. Falls sie sich mit dem dekadenten Verhalten der Bourgeoisie vollsaugten, würden sie moralisch und geistig verdorben

werden. Drohend heißt es weiter: „Der pervertierte bürgerliche Lebensstil wird das Gewissen junger Menschen lähmen, sie vielleicht zu ‚ungebildeten Personen‘ machen, welche nur nach Geld und persönlichen Zielen suchen und vielleicht Verbrechen gegen das Land und sein Volk begehen.“

Besonders scharf werden die Vereinigten Staaten attackiert. Die Volksrepublik werde niemals den dort herrschenden ekelhaften Lebensstil erlauben, „welcher die Menschen ihrer Seele und ihres Körpers beraubt und Verwirrung und Aufruhr in die Volksmassen trägt.“ Falls eine Nation sich über die honigsüßen Worte der USA von „Frieden und Zusammenarbeit“ Illusionen mache, würde „sie versklavt werden und den Tod treffen“.

Friedrich-Wilhelm Schломann

„Gedenket unserer Gefangenen“

Die Briefmarke mit dem Stacheldraht wird 60

Von Wilhelm K. H. Schmidt

Am 9. Mai 1953 kam in der Bundesrepublik eine - auf den ersten Blick – unspektakuläre grau-schwarze 10-Pfg.-Sondermarke an die Postschalter. Bei näherem Hinsehen erkannte man einen kahlen Schädel, der durch Prägedruck ein plastisches Aussehen erhalten hatte. Der blasse Schädel war in scharfem Profil hinter zwei nicht parallel verlaufenden Stacheldrähten abgebildet. Der aufmerksame Zeitgenosse las die Umschrift der Marke: „Gedenket unserer Gefangenen“. Wohl kaum jemand wird damals geahnt haben, daß diese Briefmarke 101 200 000 mal innerhalb eines Jahres verkauft werden wird. Niemals hat eine deutsche einzelne Sondermarke diese Auflagenhöhe wieder erreicht.

Was bewegte die Bundespost nach anfangs zögerlicher Haltung wegen „politischer Bedenken“ dann doch zur Emission dieser Marke? Die westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges hatten bereits 1947 und 1948 ihre deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat entlassen. In der Sowjetunion hingegen vermutete man damals noch über 100 000 Kriegsgefangene und Verschleppte in russischen Arbeitslagern. Letztere waren unrechtmäßig nach dem Krieg aus sowjetischen Internierungslagern und Untersuchungsgefängnissen in Ostdeutschland deportierte Männer und Frauen. Dieser Personenkreis war der breiten Öffentlichkeit allerdings kaum bekannt. Es waren vor allem die „zur Klärung eines Sachverhaltes“ im sowjetischen Machtbereich „Abgeholt“. Deren Familien hatten bis zu Stalins Tod 1953, manche sogar bis 1954, keine Nachricht über den jahrelangen Verbleib der betroffenen Männer und Frauen.

Anfang der 1950er Jahre wuchs in der Bundesrepublik zunehmend der Druck „von unten“, kanalisiert durch die Kirchen, das (West-)Deutsche Rote Kreuz, die Wohlfahrtsverbände, insbesondere den Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen auf ihre Regierung, die Rückführung der Kriegsgefangenen politisch zu lösen. Demgegenüber waren institutionelle oder öffentliche Aktionen in der DDR mit der Forderung nach Freilassung ihrer Bürger aus der sowjetischen Gefangenschaft undenkbar, da sie als Verleumdung der Sowjetunion mit drakonischen Strafen durch die kommunistischen Machthaber geahndet worden wären. Mit der Gedenkmarke wurde die

Zurückhaltung von deutschen Gefangenen in der UdSSR national und international öffentlichkeitswirksam.

Die DDR-Machthaber sahen in der Gefangenenmarke eine gegen sie gerichtete politische Provokation, da sie deren Motivgestaltung auch auf die in der DDR und in der UdSSR festgehaltenen politischen Gefangenen beziehen mußte. Das ist in Anbetracht der antikommunistischen Stimmung in den DDR-Betrieben, auf dem Lande und auf der Straße in diesen Wochen vor dem 17. Juni 1953 durchaus nachvollziehbar. Die mit dieser Marke freigemachten Sendungen wurden von der DDR-Post bestenfalls zurückgeschickt, wochenlang nicht oder gar nicht zugestellt und später nur mit abgerissener oder unkenntlich gemachter Briefmarke befördert. „Postkrieg“ heißt das bis heute. Bereits am Tage der Ausgabe der Gefangenenmarke durch die Bundespost verfügte die DDR über amtliche Überklebemarken im Briefmarkenformat, mit denen die Gefangenenmarken verdeckt werden sollten. Diese Vignetten trugen die Aufschrift: „Gedenket unserer gefangenen Friedenskämpfer, die in Adenauers Kerkern schmachten.“

In Anbetracht des auch in Westdeutschland bekannt gewordenen Umgangs der DDR mit Postsendungen, die mit der Gefangenenbriefmarke freigemacht worden waren, erging am 23. Juli 1953 ein Rundschreiben des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen an die Postämter der Bundesrepublik mit folgendem Wortlaut: „Nach Verlautbarungen aus der Sowjetzone lagern bei den dortigen PÄ [Postämtern] noch Briefsendungen, die mit der Kriegsgefangenen-Gedenkmarke freigemacht sind und die erst nach Unkenntlichmachung der Marken ausgehängt werden. Dem Vernehmen nach sollen auch Personen, an die solche Sendungen gerichtet sind, in Merklisten eingetragen werden. Den Versendern im Bundesgebiet ist, vor allem im Interesse der Sowjetzonenbevölkerung zu empfehlen, die Gedenkmarke im Verkehr mit der Sowjetzone nicht zu verwenden.“

Wie kann der 60. Geburtstag der Ge-

fangenenmarke besser gewürdigt werden als mit den Worten ihres Gestalters? Der Schöpfer dieser Marke war Professor Karl Hans Walter, zum Zeitpunkt der Entwurfszeichnung Leiter einer Grundklasse an der Akademie der Bildenden Künste in Stuttgart. Sieben Jahre Kriegsdienst an mehreren Fronten und Gefangenschaft von 1939 bis 1946 haben Karl Hans Walter entscheidend geprägt. Davon kündet sein Tagebuch, das er, bereichert durch eigene Skizzen und Holzschnitte, „Blumen am Wege“ nannte.



„Die Erkenntnis, daß dem deutschen Namen durch Gewalt und Terror kein guter Dienst erwiesen worden war, kam für viele erst am Ende. Aufgerissen hat es unsere Augen vor den Trümmern unserer Heimat. Aufgerissen hat es unsere Herzen vor der Zerstäubung aller Werte. Eine Welt brach in uns zusammen. Alles, was man uns sagte, hat sich als Lüge enthüllt oder ist fraglich geworden. Wo sollen wir heute noch Wahrheit finden? Wessen Worte sollen wir noch glauben? Wer wird unseren Worten glauben?“

So erschüttert aber die Fundamente auch sind, auf denen sich ein friedliches Leben aufbauen läßt, so fragwürdig unsere derzeitige Existenz sein mag, wir wollen leben.

In allen Ländern haben wir Menschen gefunden, Menschen wie wir, voll Schmerz und leid, voll Freude und glückseligem Lachen, die heute suchen wie wir. Laß uns beginnen, daß diese Menschen wieder mit uns sind. Laß uns den Tod und das Grauen, den Haß und die Grenze überwinden...“

(Beitrag gekürzt; das Thema des Artikels ist inhaltlicher Bestandteil der Dokumentation „Verschworen. Verraten. Verfolgt. Unangepaßtheit, Widerstand und Kollaboration in der Stalin-Ära Berlin-Brandenburgs“ vom gleichen Autor; Besprechung s. Nr. 4/2011, S. 18)



Das Bild des Gefangenen hinter Stacheldraht wurde auch für einen Stempel verwendet, der auf die Gefangenen-Mahnwoche in München 1953 hinwies.

(Quelle des Briefabschnittes: Klaus Schmidt, Rendsburg)

Wo stand der größte politische Knast?

Politische Gefangene der DDR in Zahlen

Von Tomas Kittan

Welches DDR-Zuchthaus hatte die meisten Politischen? Seit vielen Jahren beobachte ich, wie sich um die Antwort gestritten wird. Viele ehemalige Insassen, die wegen politischer Straftatbestände verurteilt wurden, sagen, daß *ihr* Gefängnis das größte und wichtigste war. Auch die Experten streiten sich. Solange es keine vergleichbaren gesicherten Zahlen gibt, wird das wohl nicht eindeutig zu klären sein. Meine Anmerkungen erfolgen auf der Basis einer sechsjährigen Beschäftigung mit dem Thema, durch Einsicht in Archivalien (vor allem im Bundesarchiv und beim BStU), in Fachliteratur, durch Austausch mit Kollegen sowie vor allem durch Hunderte Zeitzeugengespräche mit früheren Insassen aller hier namentlich aufgeführten Gefängnisse.

Auf eine Definition des Begriffs „politischer Gefangener“ möchte ich verzichten und eine großzügige Auslegung hier zur Grundlage machen. Das schließt ausdrücklich die gescheiterten und verurteilten Republikflüchtlinge (§ 213) mit ein, obwohl nicht wenige von ihnen unpolitisch waren und somit nicht primär aus politischen Grün-

den, daß spätestens seit Helsinki 1975 Freizügigkeit zur Ausreise in ein Land der persönlichen Wahl europäisches Völkerrecht war. Somit wurden auch in der DDR verurteilte Republikflüchtlinge politische Opfer des Systems.

Durch Zahlen und Vergleiche versuche ich zu sondieren. Grundsätzlich kann man heute davon ausgehen, daß die Untersuchungshaftanstalten des MfS weitgehend politische Gefängnisse waren, wobei dort auch Mörder und Vergewaltiger einsaßen, wenn es politisch brisant, der Täter z. B. ein Stasi-Offizier war.

Gegenüber der MfS-U-Haft wird oft von den Untersuchungshaftanstalten des Ministeriums des Innern (Mdi) behauptet, daß dort nur „normale“ Kriminelle inhaftiert waren. Zumindest für die von mir untersuchte Strafvollzugseinrichtung (StVE) Cottbus stimmt das nicht. Die Mdi-U-Haftanstalt lag bis 1989 innerhalb der Mauern der StVE in der Bautzener Straße. Zeitzeugen berichten, daß auch dort zeitweise 20 Prozent Politische inhaftiert gewesen sein

Bis 1977 wurden 162 davon geschlossen. Am Ende (1989) existierten noch 76 Anstalten. Meine Einschätzung: Es gab kein DDR-Gefängnis ohne Politische aber auch keine Haftanstalt, in der ausschließlich Politische saßen. Wie bei vielem anderen galt: Keine Regel ohne Ausnahme.

Für Frauen gilt unbestritten Burg Honeck in Stollberg als zentrale und damit größte Haftanstalt, sowohl für Politische als auch für Kriminelle. Für Jugendliche kommt Torgau der traurigste Ruhm zu. Für NVA-Angehörige war Schwedt der Knast Nummer eins.

Bei den Männern kann man davon ausgehen, daß die großen Anstalten wie Brandenburg/Havel, Bautzen I („Gelbes Elend“), Berlin-Rummelsburg, Waldheim und Bützow-Dreibergen mit etwa 1000 bis 3000 Männern nicht nur die größte Belegschaft hatten, sondern damit auch gleichzeitig eine relativ hohe Zahl Politischer, die untergemischt wurden. Diese Mischung war kein Zufall, das war Methode. Für die SED gab es ja offiziell keine politischen Gefangenen, obwohl Honecker in einem viel zitierten Interview einmal indirekt bestätigte, daß es sie gegeben hatte.

Häufig wird Bautzen II im Unterschied zu Bautzen I als Stasi-Knast bezeichnet. Zwar hatten, wie fast überall, Mielkes Männer auch hier das Sagen, doch wurde die Anstalt wie die anderen offiziell vom Ministerium des Innern betrieben. Es ist unbestritten, daß der Anteil Politischer hier besonders hoch war. Aber es waren keine 100 Prozent. Forschungen kalkulieren etwa 80 Prozent. Ein Mörder bleibt ein Mörder, egal, ob er SED-Funktionär oder Stasi-Offizier war.

Ein extrem hoher Anteil Politischer muß natürlich der zentralen Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen zugebilligt werden. Eine Sonderrolle spielte die MfS-U-Haft im damaligen Karl-Marx-Stadt, in der über

Nimmt man beide Anstalten zusammen, dürfte Bautzen als Stadt „Gastgeber“ für die meisten Politischen in den 40 DDR-Jahren gewesen sein. Hier stand der Ortsname der wunderschönen „Sorben-Hauptstadt“ immer symbolisch für Knast. Beide Anstalten für sich belegen aber wohl nicht den Spitzenplatz. Für Bautzen I wird ein Anteil von etwa 20 Prozent Politischer geschätzt, und das bei einer durchschnittlichen DDR-Belegung von 1500 bis 2000 Männern. Bautzen II hatte insgesamt nur 200-250 Haftplätze mit 145 Einzelzellen.



Cottbus, 2012.

den dem Staat DDR den Rücken kehren wollten. In Gesprächen distanzieren sich heute einige DDR-Opfer, die u.a. wegen ungesetzlicher Sammlung von Nachrichten (§ 98), staatsfeindlicher Verbindungen (§ 100), Diversion (§ 103), staatsfeindlicher Hetze (§ 106), staatsfeindlicher Gruppenbildung (§107) und ungesetzlicher Verbindungsaufnahme (§ 219) verurteilt wurden, von ihren Paragraph-213-Haftkameraden. Denjenigen muß entgegengehalten wer-

viele Jahre die meisten der zum Freikauf bestimmten Frauen und Männer in der Regel zwei bis vier Wochen vorbereitet, aus der DDR-Staatsbürgerschaft entlassen und dann mit Bussen in die Bundesrepublik gefahren wurden. Doch klammern wir hier diese Untersuchungshaftanstalten aus und beschränken uns auf den Vollzug.

1953 hatte die DDR 265 Gefängnisse und Haftarbeitslager unter Mdi-Verwaltung.

Die Gesamtzahl der Insassen wird für den Zeitraum von 1956 bis 1989 mit 2700 angegeben. Mitunter wird auch das Wort „Promi-Knast“ benutzt, weil dort einzelne Minister, Journalisten und Schriftsteller zu den Insassen gehörten. Dabei machte man sich offenbar nicht die Mühe, zu recherchieren, welche Klientel in den anderen DDR-Gefängnissen inhaftiert war.

Nach Bautzen erreichte auch Brandenburg an der Havel traurige Berühmtheit für seinen berühmten Gebäudekomplex im Stadtteil Görden. Die offizielle Kapazität lag bei 2500 Insassen. Die tatsächliche Belegung schwankte zwischen 1500 und 3200, pendelte sich in den 80er Jahren unter 2000 ein, erreichte nach der Amnestie 1987 den Tiefstand von 966. Nach Zeitzeugenberichten und Schätzungen kann man etwa 15 Prozent Politische annehmen. Das sind bei Belegungen von durchschnittlich 2500 immerhin 375 Personen – eine beachtliche Größe.

Zu den drei großen gefürchteten „B“ der DDR gehört neben Bautzen und Brandenburg auch Bützow, die kleinste Anstalt unter den großen. In Bützow-Dreibergen war das Verhältnis ähnlich, bei geringerer Belegung (fast immer unter 1000 Personen).

Gleiches gilt für Berlin-Rummelsburg mit einer offiziellen Kapazität von 900 männlichen Gefangenen und einer wirklichen Belegung von bis zu 2000 Personen. Hier saßen einige Fluchthelfer und gescheiterte Flüchtlinge und auch etliche West-Berliner ein. Prominentester Insasse war am 29. Februar 1990 für eine Nacht mit Erich Honecker jener Mann, der seit den 70er Jahren auch für das DDR-Haftsystem verantwortlich war.

Ohne auf genaue Zahlen zurückgreifen zu können, soll hier auch die Anstalt in Naumburg erwähnt werden, die heute noch in Betrieb ist. Etliche Insassen zu DDR-Zeiten berichten von einem hohen Anteil Politischer. Offenbar wurde die StVE Naumburg bei der Aufarbeitung vergessen. Für andere große Anstalten in Leipzig, Magdeburg, Halle und Waldheim gibt es kaum qualifizierte Schätzungen der Anteile Politischer. Man kann aber wohl etwa zehn Prozent in Betracht ziehen. Hier ist dringend weitere Forschung nötig.

Ausführlicher soll auf das alte Zuchthaus Cottbus eingegangen werden, mit dem ich mich intensiv befaßt habe. Hierzu kursieren astronomische Zahlen von über 33 000 Politischen - zuletzt von Antenne Brandenburg verbreitet. Diese Dimensi-

onen sind völlig überzogen, weil damit praktisch alle Insassen dort aus politischen Gründen eingewiesen haben müßten. Eher waren es insgesamt „nur“ 10 000 bis 15 000.

Cottbus zählte zu den mittelgroßen Anstalten, hatte nur im Sommer 1953 kurzzeitig über 3000 Insassen und wurde erst nach dem Mauerbau zum tatsächlichen politischen Knast profiliert. Die Fluktuation war wegen der Festlegung auf Haftstrafen unter fünf Jahren höher als in den drei „B“ und anderen Anstalten. Es gab auch einen Austausch mit anderen Gefängnissen. Besonderheit: Aus Cottbus wurden viele Politische bei Überfüllung nach Brandenburg und Bautzen verlegt. Nach aktuellem Stand der Forschung kann für die knapp drei Jahrzehnte von 1961 bis Ende 1989 von einem schwankenden Anteil Politischer von 50 bis 100 Prozent ausgegangen werden. In den 80ern pendelte sich der Anteil bei etwa 80 Prozent ein. Bei einer Kontrolle des MfS 1983/84 wurde er mit 83 Prozent festgestellt. Davon hatten während des Vollzugs 63 Prozent einen Ausreiseantrag neu unterschrieben. Zeitzeugen, die um 1970 in Cottbus einsaßen, berichten, daß es zeitweise nur Politische dort gab, alle Kriminellen verlegt worden waren. Dabei soll es sich aber nur um einige Wochen gehandelt haben. Schnell wurden wieder Kriminelle untergemischt, um ein Alleinstellungsmerkmal zu verhindern.


Spitzenreiter war Cottbus beim Freikauf. Man kann von 5000 bis 8000 Frauen und Männern ausgehen, die ihren Weg in die Bundesrepublik über eines der Cottbuser Gefängnisse gegangen sind. Und auch der teilweise elitäre, hochqualifizierte Charakter der Häftlingsgesellschaft spricht für diese Sonderstellung: Fast zu jeder Zeit saßen in Cottbus Ärzte, Musiker, Schriftsteller, Schauspieler, Spitzensportler, Direktoren, Ingenieure, Bürgermeister, hauptamtliche Stasi-Mitarbeiter, Geistliche und Wissenschaftler ein. Sogar ein Chef des DDR-Strafvollzugs war nach Spionage-Vorwürfen unfreiwilliger Gast hinter Cottbuser Gittern. Viele damals noch Unbekannte machten nach dem Freikauf und vor allem nach dem Mauerfall in Politik, Wirtschaft und Kultur Karriere. Kein anderes Vollzugsgefängnis der DDR hatte so viele Hochschulabsolventen, Promovierte und



Brandenburg, 2007.

sogar Professoren hinter seinen Gittern zur Abstrafung konzentriert.

Nach diesen Zahlen, Schätzungen und Vergleichen dürfte die StVE Cottbus die DDR-Mdi-Vollzugshaftanstalt gewesen sein mit den meisten Politischen, gefolgt von Brandenburg und Bautzen I und II (einzeln). Doch hier ist noch viel vergleichende Forschung nötig.

Wenn Sie mehr zur Geschichte der Haftanstalt Cottbus wissen wollen: Tomas Kittan, „Zuchthaus Cottbus“, 3. erw. Aufl., Cottbus/Berlin 2012, Regia-Verlag, oder in Artikeln im Deutschland-Archiv 4 u. 5/2010 oder unter www.menschenrechtszentrum-cottbus.de und www.uokg.de/cottbus.htm. 



Bautzen II, Zellentrakt.

Protest gegen Abschiebung

In Reaktion auf die Forderung nach Aufklärung der Liebknecht-Luxemburg-Affäre 1988 (Ausgabe 1/2013, Seite 9) berichtet ein damaliger Ausreise-Antragsteller von Folgeereignissen der Abschiebung prominenter Bürgerrechtler.

Am 17.10. 1986 hatte ich mit meiner Familie einen Ausreiseantrag auf Übersiedlung in die Bundesrepublik gestellt. Zu diesem Zeitpunkt führte ich in Berlin-Köpenick ein Kommissionshandelsgeschäft („Kinderwagen-Linde“), das ich 1978 von meinen Eltern übernommen hatte. Mein Ausreiseantrag führte umgehend zu beträchtlichen Einschränkungen der Warenbereitstellung und zu persönlichen Diffamierungen, die uns zwangsweise zur Abgabe des Geschäfts im Januar 1987 veranlaßten. Vom Januar bis zum August 1987 arbeitslos, fand ich im September eine Anstellung im Kindergarten der evangelischen Stadtkirchengemeinde in Berlin-Köpenick, bei der ich für die Reinigung des evangelischen Horts und die Unterstützung der Erledigung der Hausaufgaben der Hortkinder mit verantwortlich war.

Parallel dazu setzte ich mich nunmehr verstärkt für die Einhaltung der Menschenrechte in der DDR ein, zugegebenermaßen nicht, um die DDR zu demokratisieren, sondern diese verlassen zu können. Die Erfahrungen, die ich - als Diplom-Ingenieur ohne Parteizugehörigkeit und Verweigerung einer Kampfgruppenmitgliedschaft - und meine Töchter (älteste trotz Einser-Abitur kein Studienplatz, zweitälteste nur Filmkopierer-Lehre im Schichtbetrieb) machten, ließen bei

uns keine Hoffnung auf Veränderungen in der DDR mehr zu.

Im April 1987 führte ich eine Zivilklage gegen Kurt Hager (Mitglied des ZK der SED und Chefideologe der SED) aufgrund seines Interviews mit dem „Stern“ wegen dessen diffamierenden Äußerungen über ausreisewillige DDR-Bürger. Über meine Kontakte in der evangelischen Kirchengemeinde in Köpenick kam ich zur „Umweltbibliothek“ der Zionskirchengemeinde und von dort zur Gruppe „Staatsbürgerschaftsrecht der DDR“, einer Untergruppe der Arbeitsgruppe „Friedens- und Menschenrechte der DDR“. Nach der Verhaftung von Mitgliedern dieser Gruppe wegen der Teilnahme an der offiziellen Demonstration für Liebknecht und Luxemburg am 17.1.1988 befanden wir uns in ständiger Gefahr einer Verhaftung durch die Stasi. Da die Kirche eine Zentralisierung und Verlagerung unserer Aktivitäten aus dem Raum der Kirche heraus wünschte, wurde von der Gruppe für jeden Berliner Stadtbezirk ein Mitglied als Kontaktadresse (das geschah in einer Kirche gegenüber dem Tierpark) benannt, meine Adresse und Telefonnummer wurden für den Stadtbezirk Köpenick öffentlich bekanntgegeben.

Die Gruppe war bei den abendlichen Fürbitte-Andachten für die Verhafteten und Ausreisewilligen und bei den Mahnwachen zu den Prozessen im Stadtbezirksgericht Lichtenberg in der gegenüberliegenden Glaubenskirche aktiv beteiligt. Wir nahmen an mehreren Gesprächen mit Rainer Eppelmann in der Kirche am Ostbahnhof teil.

Am 4.2.1988 versuchte die Stasi, durch Lancierung einer Falschinformation in der Zionskirche die Gruppe zu einer Aktivität zu veranlassen, die garantiert zur umgehenden Verhaftung geführt hätte. Wir konnten die Intrige jedoch vor unserer geplanten Veröffentlichung aufklären (der mir persönlich telefonisch mitgeteilte angeblich Verhaftete, der am Vortag in der Kirche eine kurze Rede mit stachel-drahtumwickelten Händen hielt, war am Folgetag wieder in der Kirche!) und gaben daraufhin eine eidesstattliche Erklärung bei Rechtsanwalt Schnur ab. Wie man später erfuhr, waren wir da genau an der richtigen Adresse.

Am 4. Februar hatten acht Mitglieder unserer Gruppe (mich eingeschlossen)

beim Staatsrat der DDR, dem ZK der SED und dem Ministerrat der DDR eigenhändig Protesterklärungen im Zusammenhang mit der Ausweisung von Stephan Krawczyk und Freya Klier übergeben. Die Kameras auf den Dächern von den Regierungsgebäuden bis zum Bahnhof Alexanderplatz hatten uns auf unserem Rückweg voll im Visier.

Am darauffolgenden Tag, dem 5.2.1988, erhielten die Mitglieder der Gruppe unabhängig voneinander Aufforderungen, um 12 Uhr mittags mit der gesamten Familie im jeweiligen Stadtbezirks-Rathaus zu erscheinen. Hier wurde uns mitgeteilt, daß wir die DDR in kürzester Zeit zu verlassen hätten.

Die Formalitäten zur Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft (Lebenslauf, mehrseitiger Fragebogen, Verzichtserklärungen hinsichtlich zurückgelassener Eigentümer an Grundbesitz, Zählkarten etc.) mußten wir im Flur vor einem Ratszimmer erledigen, da Stühle dort fehlten, geschah das kniend. Fotos wurden sofort gemacht, fehlende Geburtsurkunden sofort nachgefertigt. Ein Ausreisetermin wurde uns nicht genannt, wir wurden aufgefordert, unsere Wohnung nicht zu verlassen und „abrubereit“ zu sein.

Am Montag, dem 8.2.1988, wurden wir gegen 10 Uhr aufgefordert, vollzählig im Rathaus zu erscheinen. Hier wurde uns mitgeteilt, daß wir die DDR über den Bahnhof Oranienburg in Richtung Hof (Bayern) bis 24 Uhr zu verlassen hätten. Nur Handgepäck wurde zur Mitnahme gestattet.

Zu diesem Zeitpunkt wurden uns die Ausreisedokumente und Papiere zur Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft übergeben, mit denen wir erst berechtigt waren, die notwendigen Fahrkarten zu erwerben. Ohne die Hilfe von Freunden, die uns mit einem Barkas-Kleinbus nach Oranienburg brachten, wäre diese letzte Schikane der DDR gegen uns nicht zu überwinden gewesen.

Am 9.2.1988 in Giessen ankommend, trafen wir dort einige der Gruppe „Staatsbürgerschaftsrecht“ wieder, denen es ebenso ergangen war.

Bernd Linde

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Deister- und Weserzeitung...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.

Komplexer Vorgang

Diskussion über ein zentrales Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Diktatur

Am 11. März 2013 hat in den Räumen der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur die Podiumsdiskussion „Erinnern an die Vergangenheit und Mahnen für die Zukunft“ stattgefunden. Das Thema an diesem Abend lautete: Brauchen wir ein zentrales Mahnmal in Berlin für die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland zwischen 1945 und 1989? Veranstalter, neben der Stiftung Aufarbeitung selbst, waren die UOKG und die Zeitschrift „der stacheldraht“. Vor etwa 150 Zuschauern diskutierten der Bundesvorsitzende der UOKG Rainer Wagner, der Historiker Professor Dr. Bernd Faulenbach, die parlamentarische Staatssekretärin a.D. Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast und der Journalist Christoph Dieckmann (Die Zeit). Moderiert wurde die Gesprächsrunde von Sven Felix Kellerhoff (Die Welt).

„Die Debatte um zentrale Denkmäler zur Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur ist ebenso offen wie die Frage nach dem Standort, der Funktion und der Widmung eines solchen Denkmals.“ Mit diesen Worten eröffnete die Geschäftsführerin der Stiftung Aufarbeitung, Dr. Anna Kaminsky, die Diskussion. Zuvor hatte Anita Göbner, Vorstandsmitglied der UOKG und Vorsitzende des Frauenkreises der ehemaligen Hohenackerinnen, die Anwesenden begrüßt und allen bisherigen Unterstützern und Förderern einen besonderen Dank ausgesprochen.

Im Verlauf des Podiumsgesprächs wurde sehr schnell deutlich, daß sich keiner der Gäste grundsätzlich gegen die Idee eines

zentralen Mahnmals ausspricht. Bernd Faulenbach, der die Initiative der UOKG unterstützt, warnte im Verlauf der Diskussion allerdings davor, einen solchen Gedenkort „zu überfordern“ mit dem, was er leisten soll. Die Erinnerung an die Opfer müsse im Vordergrund stehen, argumentierte der Historiker, eine weitergehende Beschäftigung mit einem historischen Sachverhalt könnten Gedenkorte lediglich anstoßen, Gedenkstätten und Bildungseinrichtungen blieben nach wie vor notwendig für die Vermittlung historischen Wissens.

Die Frage, was ein Mahnmal innerhalb der bereits bestehenden Erinnerungslandschaft leisten kann und soll wurde auch gleich zu Beginn des Gesprächs aufgeworfen. So stellte Christoph Dieckmann klar: „Das ist ein so derartig komplexer, riesiger Vorgang, den Sie sich da vorstellen. Ich muß einfach mehr erfahren.“ Zunächst, so Dieckmann, sei es wichtig zu klären, ob man ein Mahn- oder ein Denkmal wolle. Die Diskussionen hinsichtlich dieser Frage hielt Rainer Wagner für noch nicht vollständig abgeschlossen. Allerdings gab er zu bedenken: „Nicht jedes Denkmal ist so, daß es automatisch zum Weiterdenken führt.“ Gerade im Hinblick auf den Kommunismus in der DDR sei aber die Funktion des „Mahnens“ angesichts einer mal mehr, mal weniger verstärkt aufflammenden DDR-Nostalgie und bestehender Tendenzen in der Gesellschaft, dem kommunistischen System eine gewisse Berechtigung zuzusprechen, von großer Bedeutung: „Dabei geht es gerade um die Jugend“, so Wagner, „nicht nur um die Schuljugend sondern



Anna Kaminsky stellt Denkmäler für Opfer der kommunistischen Diktatur aus Osteuropa vor.

auch um junge Politiker. Langsam rücken Abgeordnete nach in Berlin, die das auch nicht mehr so erlebt haben.“ Gerade die wolle man „mahnen“, sich auf keine ideologischen Experimente mehr einzulassen. Wagner fügte hinzu: „Der Kommunismus, so lange er in der DDR herrschte, hat durchaus bis zum Schluß Blut an den Händen gehabt.“

Unterstützung erhielt der Vorsitzende der UOKG von Cornelia Sonntag-Wolgast. Aufgrund der „verheerenden Kenntnislücken“ von Jugendlichen bezüglich der SED-Zeit sei es wichtig, daß es einen zentralen und „touristisch zu erschließenden“ Gedenkort für die Opfer und Verfolgten in der SBZ/DDR gebe. Ein persönliches Anliegen und weiterer Grund dafür, sich für eine „zentrale Gedenkstätte“ einzusetzen, sei für sie zudem die Erinnerung an verfolgte und verschleppte Frauen. Sonntag-Wolgast ist Vorstandsmitglied des Vereins „Aktion Gemeinsinn“, der ältesten überparteilichen Bürgerinitiative Deutschlands, die sich auch für die Aufarbeitung der SED-Diktatur engagiert.

Insgesamt zeigte sich Rainer Wagner mit dem Verlauf des Gesprächs zufrieden: „Die Diskussion hat gezeigt, daß die Errichtung eines Mahnmals durchaus mehrheitsfähig sein könnte. Doch natürlich sind bis dahin noch viele Fragen zu diskutieren. Es ist nun wichtig, daß der gesellschaftliche Diskurs fortgesetzt wird und schließlich in einen politischen Entscheidungsprozeß mündet.“

Melanie Dore



Auf dem Podium: (v.l.) Bernd Faulenbach, Cornelia Sonntag-Wolgast, Sven Felix Kellerhoff, Christoph Dieckmann, Rainer Wagner.

(Zum Thema s. auch S. 14 u. 16)

Gesprächsmarathon

Der Süddeutsche Freundeskreis der Hoheneckerinnen zu Gast im Bundestag

Am 14. März 2013 besuchte der Süddeutsche Freundeskreis der Hoheneckerinnen auf Einladung der Wahlkreisabgeordneten von Tübingen-Hechingen, Annette Widmann-Mauz, den Deutschen Bundestag in Berlin. Unser Süddeutscher Freundeskreis ist eine Interessensgemeinschaft und eine Schicksalsgemeinschaft von in der DDR politisch verfolgten Frauen aus der Strafvollzugsanstalt Hoheneck in Sachsen. Viele von uns sind durch den Freikauf in die Bundesrepublik nach Süddeutschland gezogen. Bei diesem Besuch ging es uns allen, wie auch der Parlamentarischen Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz, nicht nur um Vergangenheitsbewältigung, sondern um aktive Auseinandersetzung mit den Folgen der Diktatur und der Verletzung von Menschenrechten. Die Aufarbeitung unserer Vergangenheit und der deutsch-deutschen Geschichte ist der Bundestagsabgeordneten ein großes Anliegen, denn auch in ihrem Wahlkreis leben viele Menschen, die bis heute unter den Folgen des DDR-Unrechtsregimes leiden, wie sie erklärte.

Auf Einladung von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert nahmen wir bereits am Vortag an einem parlamentarischen Seminar im Bundestag teil und konnten mit Parlamentariern der fünf Fraktionen über das Unrechtsregime in der DDR diskutieren. Zuvor wurden wir in die Arbeitsweise und die Aufgaben des Deutschen Bundestages eingeführt. Frau Sonne, Referentin im Auftrag des Besucherdienstes, führte uns durch das Reichstagsgebäude, jedoch fiel wetterbedingt der anschließende Kuppelbesuch aus.

Nach einem Mittagessen, zu dem der Bundestag eingeladen hatte, erhielten wir die Möglichkeit, mit Vertretern der fünf im Bundestag vertretenen Fraktionen ins Gespräch zu kommen – zeitlich knapp bemessen, aber doch 30 Minuten. Zu unserer Überraschung und Freude war der erste Gesprächspartner der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dr. h.c. Wolfgang Thierse, von der SPD-Fraktion. Er sprach sehr offen zu uns, beantwortete Fragen und gab uns den Hinweis, unsere Anliegen in einem Katalog zusammen zu fassen und noch vor der Bundestagswahl an die Fraktionen zu senden. Weitere Gesprächspartner waren der Vertreter der CDU/CSU-Fraktion, Arnold Vaatz – selbst in der ehemaligen DDR inhaftiert wegen Wehrdienstverweigerung, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Wolfgang Wieland – Mitglied im Beirat der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Vertreter der Fraktion der Linken, Jörn Wunderlich – Mitglied im Beirat des BStU, und der Vertreter der FDP-Fraktion Patrick Kurth – ebenfalls Mitglied im Beirat des BStU.

Alle Gesprächspartner beantworteten geduldig unsere Fragen sowohl zu Haftfolgeschäden, Rentenanpassung, Opferpension und Zwangsarbeit, als auch zu den Gesetzen und deren Umsetzung. Mit Sensibilität reagierten sie auf das Vorbringen unserer eigenen Erfahrungen mit diesen Problemen. Wir machten deutlich Eindruck auf die Abgeordneten. Auf andere Art tat dies Herr Wunderlich von der Linken-Fraktion bei uns. Die Frage einer ehemaligen Hoheneckerin, was er fühlte, als er das Frauenzuchthaus Hoheneck das erste Mal besuchte, beantwortete er damit, daß er keinerlei Empfindung gehabt

habe für das Unrecht, das dort geschah. Es war schockierend für uns alle. Der Abgeordnete der FDP-Fraktion Patrick Kurth beruhigte unsere Gemüter durch die letzte Gesprächsrunde. Es sei ihm wichtig, mit uns im Gespräch zu bleiben. Wir werden das nicht vergessen.

Daß wir in den Gesprächsrunden die Abgeordneten beeindruckt haben, zeigt auch, daß in der aktuellen Debatte zum Stand der Aufarbeitung im Bundestag der Süddeutsche Freundeskreis der Hoheneckerinnen namentlich genannt wurde – von Wolfgang Thierse, der gleich zu Anfang sprach. Man kann es nachhören in der Mediathek des Bundestages unter [www.bundestag.de/aktuelle Debatten vom 22.3.2013](http://www.bundestag.de/aktuelle_Debatten_vom_22.3.2013).

Unser zweiter Tag begann mit Zeit zur freien Verfügung. Wir nutzten die Gelegenheit, um die Ausstellung im „Tränenpalast“ am Bahnhof Friedrichstraße zu besuchen. Abschiedstränen und Sehnsucht, Wut und Verzweiflung – an keinem anderen Ort konzentrieren sich Gefühle der Grenzerfahrung derart wie hier. Danach ging es noch schnell auf einen Kaffee in die „Stäv“, eine echte Kultkneipe mit besonderem Flair.

Ein Höhepunkt war die Einladung zu einem Mittagsgespräch bei der „Gruppe der Frauen“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gemeinsam mit unserer Gastgeberin Annette Widmann-Mauz. Zu dieser Gesprächsrunde hatten wir auch Gudrun Lindh und die Bundesverdienstkreuzträgerin Renate Werwig-Schneider, ebenfalls ehemalige Hoheneckerinnen, eingeladen. Letztere teilt seit vielen Jahren ihre Erinnerungen mit Schülern und Studenten und leistet so einen großen Beitrag zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Annette Widmann-Mauz moderierte diese Runde selbst und hatte den Wunsch geäußert, daß ein bis zwei Damen ihr ganz persönliches Schicksal von Hoheneck schildern. Konstanze Helber und Dr. Ute Steinhäuser berichteten von ihrer Inhaftierung Ende der 1970er Jahre – nach mißglückter Republikflucht. Eine besondere Ehre für uns: die Anwesenheit der Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka und der Staatsministerin im Bundeskanzleramt, Prof. Dr. Maria Böhmer. Themen waren der dringende Änderungsbedarf in den Lehrplänen an deutschen Schulen zur Aufarbeitung der SED Diktatur, eine



Ort erlebnisreicher Stunden für den Süddeutschen Freundeskreis: Das Reichstagsgebäude in Berlin.

gesetzliche Regelung zur Begutachtung psychisch reaktiver Traumafolgen nach politischer Verfolgung in der ehemaligen SBZ/DDR und die Umkehrung der Beweislast bei Haftfolgeschäden. Alle waren sehr betroffen, mitfühlend und hilfsbereit. Es wurden Adressen ausgetauscht und Hilfe zugesichert. Die Einzelgespräche zwischen Abgeordneten und uns schienen nicht enden zu wollen.

Im Laufe des Nachmittags bekamen wir auch noch die Möglichkeit, ein Gespräch mit Bundesfamilienministerin Kristina Schröder zu führen. Stellvertretend für die ehemaligen Häftlinge trug Elke Schlegel ihre Lebensgeschichte vor und berichtete über die traumatische Trennung von ihrem Kind. Kristina Schröder zeigte sich ergriffen und bekundete, ebenfalls mit dem Freundeskreis in Verbindung bleiben zu wollen.

Nach diesem ereignisreichen Nachmittag zogen wir die Bilanz unserer Gespräche. Alle waren sich einig, daß wir uns bisher gut geschlagen und einiges bewegt hatten. Zu einem Abendgespräch trafen wir mit den Abgeordneten Maria Michalk, Günther Baumann und Marco Wanderwitz aus Sachsen zusammen. Wieder führte uns Annette Widmann-Mauz souverän durch die Gesprächsrunde. Hierbei ging es vor allem um Renten-, Gesundheits- und Entschädigungsfragen. Eine ganz besonders wichtige Diskussion führten wir über die Zukunft der sächsischen Gedenkstätte Hoheneck, die sich in Privatbesitz befindet. Voller Zuversicht ließen wir den Abend bei einem Glas Wein ausklingen und freuten uns schon auf den Besuch beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, am nächsten Tag.

Roland Jahn empfing uns persönlich zum Gespräch, in dem Fragen, ganz individuell, zur Einsicht in die Stasi-Akten sowie zur Herausgabe von Duplikaten von Unterlagen gestellt und beantwortet wurden. Auch wir wollen eine strengere Überprüfung ehemaliger Stasi-Mitarbeiter und den Erhalt der Behörde des Bundesbeauftragten über das Jahr 2019 hinaus. Die langen Bearbeitungszeiten von Anträgen sind auf den Personalabbau in der Behörde zurückzuführen, erklärte uns Roland Jahn. Er nahm sich die Zeit, gemeinsam mit uns durch Mielkes ehemalige Dienst- und Arbeitsräume zu gehen. Uns überkam ein beklemmendes Gefühl. Wie viele Unrechtsurteile wurden hier wohl abgesegnet? Nun standen wir vor dem Schreibtisch in Mielkes Büro, und es war



Die Frauen des Süddeutschen Freundeskreises mit ihren Gesprächspartnerinnen aus der Politik.

schon eine Genugtuung, sagen zu können: „Erich - du hast es am Ende nicht geschafft, über die Menschen zu bestimmen - wir haben uns die Freiheit genommen und bestimmen unser Leben selbst.“

Am Freitag, dem 22. März 2013, hat der Bundestag über den Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur debattiert. Grundlage der 90-minütigen Debatte war der entsprechende Bericht der Bundesregierung (17/12115), den Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) dem Bundeskabinett Anfang Januar vorgelegt hatte. Auch mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit sei die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in der DDR „eine für Staat und Gesellschaft notwendige Aufgabe“, schreibt Neumann im Vorwort zum Bericht. „Einen Schlußstrich unter das begangene Unrecht kann und wird es nicht geben. Dies sind wir nicht nur den Opfern, sondern auch den Menschen, die die friedliche Revolution erst möglich machten, den Politikern, die die Wiedervereinigung durchgesetzt haben, und vor allem unseren Werten Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schuldig.“

Dieser Aussage von Bernd Neumann zum Auftakt der Debatte des Bundestages über die Aufarbeitung der SED-Diktatur schlossen sich die Vertreter aller Fraktionen an. Trotz der prinzipiellen Einigkeit führte die Aussprache zu teilweise sehr emotional geführten Auseinandersetzungen. Wolfgang Thierse (SPD), der gleich am Anfang sprach und forderte, die Opferentschädigungsverfahren müßten professionalisiert und entbürokratisiert werden, hat uns in der Debatte namentlich erwähnt, indem er sagte, die Begegnung mit den Frauen habe ihn sehr beeindruckt. Patrick Kurth (FDP) warb dafür, vor allem jungen Menschen den

Wert von Freiheit und Demokratie zu vermitteln. Er warnte zugleich davor, den Fokus der Aufarbeitung einseitig auf die Staatssicherheit zu legen. Die Diktatur in der DDR sei eine SED-Diktatur gewesen. Vor allem die Linkspartei versuche, dies als Nachfolgerin der SED immer wieder in den Hintergrund zu schieben. Eine heftige Auseinandersetzung führten Dr. Dietmar Bartsch (Die Linke) und Wolfgang Wieland (Bündnis 90/Die Grünen). Zur Aufarbeitung gehöre eben auch Reue und das Eingeständnis von Schuld, argumentierte Wieland. Dies sei die Linkspartei den Opfern der SED-Diktatur bis heute schuldig geblieben.

Nun bleibt abzuwarten, wie die Wahlen ausfallen. Wir senden unseren Forderungskatalog an alle fünf Fraktionen und nach den Wahlen werden wir den neuen Bundestagsmitgliedern ebenfalls unsere Forderungen zukommen lassen. Es gibt viel zu tun.

In ihrer Pressemitteilung vom 19.3.2013 hat Annette Widmann-Mauz geschrieben: „Mir ist es ein persönliches Bedürfnis, diese Frauen zu unterstützen. Sie sind die Zeitzeugen, die Schülerinnen und Schülern heute noch eindrücklich vermitteln können, warum kein Grund zur ‚Ostalgie‘ besteht, sondern zur Relativierung und Verharmlosung von Unrecht beiträgt. Es wird sich deshalb immer wieder lohnen, sich der Grundlagen unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung zu vergewissern.“

Konstanze Helber/Elke Schlegel

Der bereits angekündigte Bericht über die Eröffnung der Zeitzeugenzelle in der Gedenkstätte Cottbus folgt in der nächsten Ausgabe.

Aufarbeitung national und international

Am 16. und 17. März 2013 fand das in diesem Jahr erste Verbändetreffen der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) in Berlin statt, bei dem 20 Vertreter anwesend waren.

Zunächst zog der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, eine Bilanz seiner bisherigen Arbeit seit Amtsantritt vor zwei Jahren. Erstaunlich ist, daß die Zahl der Anträge auf Akten-Einsicht in den letzten Monaten immer noch gestiegen ist. Das widerlegt Meinungen, die Behörde sei bald überflüssig. Laut Roland Jahn ist sie solange erforderlich, wie sie von den Menschen gebraucht wird. Zunehmend suchen auch Nachkommen ehemaliger Opfer Einblick in das Leben ihrer Eltern, die Novellierung des Stasiunterlagen-Gesetzes macht

das inzwischen möglich. Eine noch nicht abgeschlossene Aufgabe ist die Rekonstruktion der von der Stasi zur Vernichtung vorbereiteten Unterlagen, aus denen sich weitere Erkenntnisse über Opfer und Täter gewinnen lassen. Solange diese Aufgabe nicht erledigt ist, müssen Täter immer noch mit Entdeckung rechnen – zu Recht!

Über die Aufklärung der kommunistischen Vergangenheit Bulgariens berichtete Fana Kolarova, Initiatorin der Ausstellung „Bulgarien 1944-1989, Verbotene Wahrheiten“. Diese Ausstellung mit einem Begleitheft zeigt ähnliche Repressionen gegen die Bevölkerung, wie wir sie aus der DDR und anderen Ostblockstaaten kennen. Doch Aufarbeitungsinitiativen wie in Deutschland sind bisher in Bulgarien nur im Ansatz vorhanden, um so mehr ist der

Autorin für ihr intensives Engagement zu danken.

In den Dachverband neu aufgenommen wurden der Landesverband Berlin-Brandenburg des Bundes Stalinistisch Verfolgter und der Verein zur Förderung der Projektwerkstatt Lindenstraße 54 e.V. Weitere Themen des Treffens waren die Zwangsarbeit der Insassen der verschiedenen Haftarbeitslager, Haftanstalten und Jugendwerkhöfe in der DDR, ein Fragenkatalog der UOKG an die Parteien zur Bundestagswahl 2013, besonders über bis heute fortwirkendes Unrecht in Bezug auf das Rentengesetz, und eine verstärkte Information von Jugendlichen über die Periode des „Sozialismus“ in Deutschland.

Hans-Peter Schudt

Auch Senioren-Union für Mahnmahl

Auf ihrer 14. Bundesdelegiertenversammlung am 3. und 4. September 2012 in Recklinghausen hat der Bundesverband der Senioren-Union der CDU einstimmig einen zuvor von der Landesvereinigung Hamburg eingebrachten Antrag über die Errichtung eines Mahnmahls zur Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft verabschiedet. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU wird darin aufgefordert, sich für einen entsprechenden Bundestagsbeschluß

einzusetzen. Federführend bei der Formulierung des Antrags war die Vorsitzende der Hamburger Senioren-Union, Hermine Hecker. Sie unterstützt die Initiative Mahnmahl der UOKG mit sehr viel Engagement und hat in den letzten Monaten knapp 500 Unterschriften zur Unterstützung der Initiative gesammelt.

Wir bitten alle, die sich für die Errichtung eines Mahnmahls für die Opfer der kommu-

nistischen Diktatur einsetzen wollen, sich ebenfalls an unserer Unterschriftenaktion zu beteiligen. Eine Liste zum Sammeln von Unterschriften finden Sie auf der Homepage der UOKG (www.uokg.de) unter der Kategorie „Initiative Mahnmahl“. Zudem kann der Bogen auch telefonisch unter (030) 55 49 45 36 oder per E-Mail mahnmahl@uokg.de bestellt werden.

Melanie Dore

„Power to the People“ – Die Wahrnehmung des ehemaligen „Ostblocks“ in der DDR

Eine multimediale Präsentation im Internet: www.deutsche-einheit-leipzig.de

In der europäischen Erinnerung bekommt der Herbst 1989 in der DDR eine herausragende Stellung, denn der Fall der Berliner Mauer symbolisiert wie kein anderes historisches Ereignis den Erfolg der mittel-osteuropäischen Veränderungen. Die Maueröffnung ist der Erfolg eines gesamteuropäischen Prozesses, der ohne die Emanzipationsbewegungen in Osteuropa undenkbar ist. Wichtige Impulse

für eine europäische Einheit kamen von Dissidenten aus Polen, Ungarn und der CSSR. Gerade diese Länder wurden durch die kommunistischen Diktaturen von

ihren europäischen Traditionen abgeschnitten.

Das Archiv Bürgerbewegung Leipzig greift in einer Internetpräsentation zivilgesellschaftliche Bewegungen der acht sozialistischen Staaten in Europa auf, die von Menschen in der DDR als Anregung oder Vorbild für die eigene Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur genutzt worden sind. Der Erfolg der Friedlichen Revolution wird in einen mittel-osteuropäischen Kontext gestellt.

Alle Länder einte der gleiche Erfahrungshorizont einer kommunistischen Diktatur. Diese schicksalhafte Verbindung führte vor 1989 zu einem Transfer und einer gegenseitigen Beachtung, die aus der DDR-Perspektive dargestellt wird. Auf den Fotos der Herbstdemonstrationen von 1989 in der

DDR lassen sich viele Bezüge zum Schicksal der mittel-osteuropäischen Nachbarn finden. Diese Beachtung bricht mit den Problemen der deutschen Einheit und der damit verbundenen Westorientierung ab. Die Wirtschafts- und Finanzkrisen der letzten Jahre befördern zudem ein öffentliches Klima, wonach Osteuropa weniger als Partner gesehen wird. Die Präsentation will die historische Bedeutung der mittel-osteuropäischen Länder für Deutschland wieder ins Bewußtsein bringen und damit würdigen.

Das Internet als großer „Ausstellungsraum“ ermöglicht einen Mix aus Filmen, Fotos, Grafiken, Tabellen, Zeitzeugenberichten, Alltagswitzchen und kurzen Texten, um einen „kurzweiligen“ Einstieg in das sehr komplexe Thema zu ermöglichen.

Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.




Bautzen-Treffen 2013

(bk) Das Bautzen-Komitee lädt ganz herzlich zum alljährlichen Bautzen-Treffen ein. Es findet am **29. Mai 2013** wieder im Bautzener Brauhaus, Thomas-Mann-Str. 7, statt. Die Eröffnung dieses Treffens ist 9.30 Uhr. Der Rundgang durch die Außenanlagen des "Gelben Elends"

beginnt um 8.00 Uhr am Haupteingang der JVA, Breitscheidstr. 4. Wer am Rundgang teilnehmen möchte, wird gebeten, schnellstmöglich der Geschäftsstelle des Bautzen-Komitees, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen, folgende Daten schriftlich mitzuteilen: Name, Vorname, Geburtsda-

tum, Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Wohnort sowie Nummer des bei dem Rundgang mitgeführten Personaldokuments.

Um 16.30 Uhr findet in der Gedenkappelle auf dem Karnickelberg ein ökumenischer Gottesdienst mit anschließender Kranzniederlegung statt. 

Jahrestreffen

(mg) Der Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen e.V. veranstaltet vom 2. bis 4. Mai 2013 sein Jahrestreffen in Stollberg und Zwönitz.


Stollberg-Hoheneck, vor dem Gefängnis-
eingang; anschließend besteht die Möglichkeit, das Gefängnis zu besichtigen und an einer Führung teilzunehmen.

BStU, Siegfried Reiprich, Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dr. Clemens Heitmann, Vorsitzender des Fördervereins Chemnitz-Kaßberg, Dietrich Hamann, Vorsitzender des Stollberger Fördervereins Gedenkstätte Hoheneck.

Folgende öffentliche Veranstaltungen finden statt:

Donnerstag, **2. Mai 2013**, 15.00 Uhr – Kranzniederlegung am Gedenkstein in

Freitag, **3. Mai 2013**, 15.00 Uhr, in Stollberg, Aula des Carl-von-Bach-Gymnasiums, Parkstr. 2 – „Frauenzuchthaus Hoheneck – gestern, heute, morgen“, eine öffentliche Veranstaltung des Frauenkreises mit den Gästen Roland Jahn,

Der Frauenkreis lädt herzlich alle ehemaligen politischen Häftlinge aus der Region ein! 

Erweiterung mit Sichtgraben

Das Bautzen-Komitee freut sich, die Erweiterung und vollständige Erschließung des Gräberfeldes „Karnickelberg“ für den November 2013 bekanntgeben zu können. Nachdem die Landesregierung und der Bund bereits im Jahr 2000 an dem Ort des Massengrabes von über 3000 politischen Häftlingen des Bautzener Gefängnisses eine Gedenkappelle sowie ein Gräberfeld errichteten, bemühten sich ehemalige Häftlinge bisher vergeblich um eine vollständige Erschließung des Geländes. Diese scheiterte stets an den enorm hohen Geldmitteln, die dafür erforderlich sind und die trotz vieler Einzelspenden nicht aufgebracht werden konnten.

Jetzt hat sich ein Spender gefunden, der dafür aufkommen wird. Prof. Dr. Reinfried Pohl, dessen Vater 1946 im sowjetischen Lager von Bautzen umkam, ist bereit, die Baukosten von ca. 250 000 Euro vollständig zu übernehmen. Bereits im vergangenen Jahr fanden die Ausschreibungen und Vermessungsarbeiten statt, und vor wenigen Wochen wurde Ulrike Neumann von der Firma Neuland aus Oppach vom Bautzen-Komitee mit der Aufgabe betraut. Bis zum Herbst entsteht auf dem Gelände hinter dem Hochkreuz ein Rundweg mit Hinweistafeln, an dessen Scheitelpunkt sich eine gelbe Klinkerwand mit Sitzmöglichkeiten befinden

wird. Eine Skulptur soll hier an die vielen Toten erinnern, die dieser Ort gefordert hat. Weiterhin soll ein Sichtgraben entstehen, der verdeutlicht, wie würde- und namenlos die Verstorbenen nackt unter Schutt und Müll verscharrt wurden. Bis auf den Sichtgraben werden alle Wege barrierefrei zu begehen sein. Zudem wird das Gelände vollständig neu bepflanzt. Damit wird das bisherige Gräberfeld auf mehr als die doppelte Größe anwachsen. Im Juli beginnen die ersten Bauarbeiten, die sich bis Oktober 2013 hinziehen werden. Die Einweihung soll am Volkstrauertag 2013 erfolgen.

Alexander Latotzky
Stellv. Vorsitzender d. Bautzen-Komitees

Lernen hinter Gittern

Seit 1945 bis zum Ende der DDR war der Anteil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter den politischen Häftlingen hoch. Diese jungen Menschen hätten eigentlich ihre Ausbildung fortführen müssen, waren nun jedoch davon ausgeschlossen.

Eher am Rande berichten Zeitzeugen immer wieder, daß sich auf Sälen und in Zellen heimlich Gruppen bildeten, in denen Experten irgendeiner Fachrichtung (jungen) Mitgefangenen ihr Wissen vermittelten. Das reichte von Naturwissenschaften, Fremdsprachen Geschichte über Literatur, Philosophie, Notenlesen, Gedichte, Lieder bis zu Kochrezepten oder auch Fähigkeiten wie Sticken, Stricken und Nähen. Manche Häftlinge haben sich, wenn sie

Bücher ausleihen durften, auch allein mit bestimmten Wissensgebieten befaßt.

In Einzelfällen haben Gefangene marxistisch-leninistische Schriften studiert, um ihre Vernehmer in Argumentationsnot zu bringen. Bisher ist ein Fall bekannt, in dem ein Häftling seine Zellenkameraden in Widerstandsstrategie gegen die Vernehmer unterwies. Dieser Teil der Haftgeschichten soll nicht verlorengehen! Das heimliche Lernen in Haft ist ein Zeichen von Stärke und Findigkeit, auch in scheinbar aussichtsloser Situation die menschliche Würde zu bewahren.

Die Redaktion sammelt Zeitzeugenberichte zum Thema „Lernen hinter Gittern“ für eine spätere Veröffentlichung im „Stacheldraht“ und wird die Berichte anschließend (auf Wunsch der Zeitzeugen) auch einem Archiv übergeben.

Bitte erinnern Sie sich!

In welcher Zeit, an welchen Haftorten haben Sie etwas gelernt (von Mithäftlingen oder durch eigene Beschäftigung)?

- Haben Sie selbst etwas gelehrt?
- Erinnern Sie sich an Fälle heimlichen Lernens in Haft bei anderen?
- Kennen Sie Erzählungen von Angehörigen oder Freunden darüber?

Jeder Hinweis ist willkommen.

Bitte schriftlich an: Redaktion „Der Stacheldraht“, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin (In Einzelfällen ist nach Absprache auch ein telefonischer Bericht möglich, Tel. 030 - 55 77 92 30.)

NKWD-Lager Tost

Prominenter Mitgestalter

Am 11. Mai 2013 findet wieder eine Gedenkfeier in Tost (Polen) der IG NKWD-Lager Tost/Oberschlesien statt (ausführlich s. 9/2012, S. 14). In diesem Jahr konnte für die Andacht der emeritierte Bischof von Oppeln, Erzbischof Alfons Nossol, gewonnen werden. Er wird den Gottesdienst zweisprachig halten.

Sybille Krägel

Beratung in Niedersachsen

Niedersachsen hat eine eigene Beratungsstelle für Opfer der SBZ/DDR-Diktatur eingerichtet. Zahlreiche Opfer der DDR-Diktatur leben in Niedersachsen. Um möglichst viele Menschen persönlich zu erreichen, bietet das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport auch in diesem Jahr wieder Beratungstage für Verfolgte der SBZ/DDR in verschiedenen Städten an. Die Beratungen finden in Zusammenarbeit mit Fachleuten aus Sachsen-Anhalt statt. Es werden auch Vertreter der in Niedersachsen organisierten Opferverbände bzw. des Niedersächsischen Netzwerks für SED- und Stasiopfer als selbst Betroffene an den Beratungen teilnehmen, um mit ihrer Fachkompetenz die Veranstaltung zu unterstützen.

Die Beratungstage werden in diesem Jahr stattfinden am

Mittwoch, **05. Juni 2013**, von 09.30 Uhr bis 15.30 Uhr, Kreishaus 2, Sitzungsraum 227 (barrierefrei erreichbar), Schloßplatz 1, 38518 **Gifhorn**

und am

Mittwoch, **17. September 2013**, von 09.30 Uhr bis 15.30 Uhr, Kreishaus, Sitzungssaal 019, Reinhäuser Landstraße 4, 37083 **Göttingen**.

Grotewohl-Expresß

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresß“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (030) 98 60 82 30

Interessenten können sich ohne Voranmeldung u. a. über die bestehenden Rehabilitierungsmöglichkeiten nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen informieren. Anträge auf Rehabilitierung können noch bis zum 31.12.2019 gestellt werden. Telefonische Rückfragen sind während der Sprechzeiten an den jeweiligen Beratungstagen unter den Telefonnummern (053 71)82-823 (Gifhorn) und (05 51)525-241 (Göttingen) möglich.

Es besteht auch die Möglichkeit, Anträge auf Einsichtnahme in die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gegen Vorlage des Personalausweises zu stellen, bzw. sich zur Antragstellung beraten zu lassen.

Karin Nitsch
Niedersächs. Ministerium
für Inneres und Sport

Tagungsband

Der Tagungsband "Politische Schaulprozesse als Mittel kommunistischer Herrschaftstechnik" mit Beiträgen des letztjährigen UOKG-Kongresses ist erschienen.

Er kann kostenlos über die UOKG-Geschäftsstelle bezogen werden, die Sie folgendermaßen erreichen: E-Mail info@uokg.de, Tel. (030)55 77 93 51, Fax (030)55 77 93 40.

Die Herausgabe des Tagungsbandes wurde durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ermöglicht.

Carola Schulze

Leserbrief

Initiative Mahnmal

Die Errichtung eines Mahnmales zum Gedenken an die Opfer der Gewaltherrschaft in der ehemaligen DDR ist wichtig für unsere Gesellschaft, und ich möchte die Initiative dafür grundsätzlich unterstützen – allerdings mit der Bitte um eine kleine, aber wichtige Änderung. Was mich an dieser Initiative noch irritiert, ist das Gedenken an die Opfer der „kommunistischen“ Gewaltherrschaft.

Wer in der DDR gelebt hat und die Gewaltherrschaft dort erfahren mußte, weiß, daß es ein Staat mit einer sozialistischen Verfassung war. Auch die herrschende Partei nannte sich SED,

„Sozialistische“ Einheitspartei Deutschlands. Partei und Regierung begriffen sich anfangs auf dem Weg zum Sozialismus; in den achtziger Jahren regierten sie nach ihrem Selbstverständnis im „real existierenden Sozialismus“. Der Kommunismus war für sie ein gesellschaftlicher Zustand in ferner Zukunft und er konnte demnach in der sozialistischen Gegenwart der DDR gar keine kommunistische Gewalt ausüben; es gab ihn ja noch nicht – bis heute, und es gibt ihn hoffentlich auch künftig nicht. Was kommunistische Gewaltherrschaft wirklich bedeuten würde, wissen wir nicht, aber fürchten müssen wir sie.

Es hat also keine Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft gegeben. Logischerweise heißt das, wenn es keine Opfer gab, braucht es auch kein Mahnmal. Wer von kommunistischer Gewaltherrschaft spricht, entlastet damit die eigentlichen sozialistischen Täter. Ich muß davon ausgehen, daß es latente Gegner des geplanten Mahnmales gibt, die genau das beabsichtigen. Aber das dürfen wir nicht zulassen.

Realität ist doch: Wir sind *Opfer der sozialistischen Gewaltherrschaft* der ehemaligen DDR (und nicht einer kommunistischen Gewaltherrschaft)! Deshalb muß das Mahnmal wahrheitsgemäß zum Gedenken an die Opfer der sozialistischen Gewaltherrschaft errichtet werden. Dem wird sicherlich die Mehrheit der Bürger unserer Gesellschaft zustimmen können.

Ich gehe davon aus, daß sich meine Darlegungen in völliger Übereinstimmung mit allen demokratischen Parteien unseres Landes befinden und die Zustimmung zur Finanzierung des Mahnmales nicht beeinträchtigen. Dieser Beitrag folgt auch der Anregung zur gesellschaftlichen Diskussion durch die eingerichtete Projektstelle im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit in der Hoffnung, daß sich möglichst viele Betroffene in diesem Sinne daran beteiligen.

Karl Kolbe, Trebur

Bürgertelefon

(cs) Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen (Mauerstraße 53, 10117 Berlin) hat ein Bürgertelefon eingerichtet, das von montags bis donnerstags zwischen 8.00 und 20.00 Uhr erreichbar ist. Für den Themenbereich „Infos für Menschen mit Behinderungen“ lautet die Telefonnummer (030) 221 91 10 06.

Veranstaltungen

2.5. (Do), 19.00 Uhr:

„Herbsterinnerungen – 50 Jahre nach dem Mauerbau“. Film v. Christel Hoffmann über Sabine Kauker; Filmvorführung u. Podiumsgespräch; Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße in der Reihe „Menschen unter Diktaturen“; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

4.5. (Sa), 15.30 Uhr:

„Wo sind die Toten von Hoheneck?“ Journalistin u. Autorin Ellen Thiemann liest aus ihrem neuen Enthüllungsbuch, anschl. Diskussion; Ort: Bürgerbegegnungszentrum „das dürer“, Albrecht-Dürer-Str. 85, 09366 Stollberg

4.5. (Sa), 18.00-01.00 Uhr:

„Jagdfieber“ – Leipziger Museumsnacht. Vorträge, Rundgänge, Filmvorführungen, Ausstellungen u.a.; Veranstaltungen des Bürgerkomitees Leipzig, Museum in der „Runden Ecke“, und der BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Ditt-richting 24, 04109 Leipzig

7.5. (Di), 19.00 Uhr:

Das geheime Imperium. Autor Matthias Judt, Wirtschaftshistoriker, spricht über sein neues Buch „Der Bereich Kommerzielle Koordinierung“; Veranstaltung des DDR-Museums Berlin; Ort: DDR-Museum, Karl-Liebknecht-Str. 1, 10178 Berlin, im Besucherzentrum Eingang St.-Wolfgang-Str. 2–3

12.5. (So), 10.00–18.00 Uhr:

„Tage des Sturms“. Dokumentarfilme zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953 am Internationalen Museumstag; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

12.5. (So), 14.00 Uhr:

Sonderführung durch die Dauerausstellung „Sowjetisches Untersuchungsgefängnis Leistikowstraße Potsdam“ am Internationalen Museumstag 2013; Veranstaltung d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam; Anmeldung unter mail@gedenkstaette-leistikowstrasse.de

14.5. (Di), 19.00 Uhr:

„Deutsche Lyrik unter dem Sowjetstern“. Vortrag v. Jochen Stern, Schauspieler, Autor u. ehem. Bautzen-Häftling, zu dem gleichnamigen DDR-Sammelband von 1961; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

15.5. (Mi), 19.00 Uhr:

„Ferien vom Kalten Krieg“. Die Berliner Kinderluftbrücke 1953–57. Buchvorstellung u. Diskussion mit Dr. B. von Kostka; Veranstaltung d. Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde u.a.; Ort: Erinnerungsstätte, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

„Workuta“

Als Horst Bienek am 7. Dezember 1990 in München starb, stand er auf dem Gipfel seiner Laufbahn als Schriftsteller. Nach zwei Gedichtbänden und dem Roman „Die Zelle“ (1968) hatte er in den Jahren 1975/82 einen Zyklus von vier Bänden über seine oberschlesische Heimatstadt Gleiwitz abgeschlossen, dem mit „Königswald oder Die letzte Geschichte“ (1984) noch ein fünfter folgen sollte. Davor und daneben waren literarische Essays entstanden und „Werkstattgespräche mit Schriftstellern“ (1962) und, gegen Ende seines Lebens, Kindheits-erinnerungen aus Oberschlesien.

Diese Leistung ist um so höher zu bewerten, als der Autor erst 1955 aus dem Straflager Workuta am Eismeer entlassen worden war, wo er die Jahre 1952/55 als politischer Gefangener hatte zubringen müssen, ständig in der Angst, zu verhungern oder zu erfrieren. Diese schrecklichen Jahre freilich blieben bis zuletzt unerzählt. Erst jetzt wurde im „Horst-Bienek-Archiv“ der Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Bibliothek in Hannover ein schmales Manuskript von kaum 60 Seiten gefunden, das in der Buchfassung den schlichten Titel „Workuta“ trägt.

Der Name „Workuta“ stand für das weitverzweigte Lagersystem in der Sowjetunion, den „Archipel Gulag“ (Alexander Solschenizyn), in dem seit 1929 bis zu Stalins Tod 1953 und darüber hinaus Hunderttausende von „Klassenfeinden“ ausgebeutet und zu Tode geschunden wurden, falls sie nicht das „Glück“ hatten, vorher in Moskau erschossen zu werden wie der Rostocker Student Arno Esch (1928-1951). Das Lager Workuta selbst, im nördlichen Ural jenseits des Polarkreises gelegen, war zwischen 1938 und 1960 in Betrieb. Dort arbeiteten 70 000 politische Häftlinge und nach 1945 deutsche Kriegsgefangene unter Tage, um die gewaltigen Vorräte an Steinkohle abzubauen. Als 1941 von Häftlingen die Eisenbahnlinie zum Abtransport der geförderten Kohle gebaut wurde, hieß es, unter jeder Schwelle lägen zwei Tote!

Horst Bienek, der seine Lagererinnerungen tief im Inneren vergraben hatte, wurde erst dann wieder auf dieses verschüttete Kapitel seines Leben gestoßen, als er zur Leipziger Buchmesse 1990 aus seinem Roman „Die Zelle“ las und von ehemaligen Häftlingen gleichen Schicksals unter den Zuhörern mit Fragen bestürmt wurde, beispielsweise zum Streik im Sommer 1953, der in Schacht 29 ausgebrochen war und grausam niedergeschlagen wurde: „Ich wußte, jetzt muß ich darüber schreiben.“

Zunächst lebte der junge Autor in Potsdam, hatte einige Gedichte veröffentlicht und fuhr jeden Morgen mit der S-Bahn durch den Westsektor nach Ostberlin, wo er als Schüler Bertolt Brechts dem Meister bei den Proben zusah. Am 8. November 1951 wurde er, weil er einem West-Berliner Bekannten ein Potsdamer Telefonbuch, das es bei der Post zu kaufen gab, mitgebracht hatte, verhaftet. Am 12. März 1952 erfolgte dann die Verurteilung zu 20 Jahren Lagerhaft durch drei gelangweilte Sowjetoffiziere. Über Berlin-Lichtenberg kam er nach Berlin-Karlshorst, dem Hauptquartier der Besatzungsmacht, wo er und Hunderte Mitgefangener in die „Stolypinschen Waggons“ verladen wurden, bis sie nach tagelanger Fahrt bei eisiger Kälte im Moskauer Durchgangsgefängnis Butyrka eintrafen.

Vier Wochen waren die Verurteilten

dann von Moskau aus unterwegs. Überall wurden Gefangene zugeladen, Aufständische aus

den nach 1945 besetzten Staaten, zum Beispiel polnische Partisanen der „Heimatarmee“, die noch bis 1951 gegen die russische Besatzungsmacht gekämpft hatten, aber auch nationalgesinnte Ukrainer, Esten, Letten Litauer: eine „Internationale der Stalin-Opfer“, wie Horst Bienek schreibt.

Die hygienischen Zustände, Hunger, Erschöpfung, einhergehend mit Krankheiten, die kaum behandelt wurden, forderten zahlreiche Todesopfer. Schon bei der Ankunft entdeckten sie ein Wanzenest: „Die Pritsche war dick mit Wanzen besetzt, wie eine Bienentraube. Wir guckten uns das alle an. Wir hatten in den letzten Wochen immer wieder mit Wanzen zu tun gehabt. Aber so viele Wanzen auf einmal hatte ich noch nie gesehen. Es schien so, als ob sie die ganze Pritsche wegschleppen würden.“

Erst Bundeskanzler Konrad Adenauer erreichte während seiner Moskau-Reise im Spätsommer 1955, daß die letzten 10 000 Kriegs- und Zivilgefangenen, darunter auch Horst Bienek, freikamen.



.....
Horst Bienek: Workuta, mit einem Nachwort von Michael Krüger, Wallstein-Verlag, Göttingen 2013, 80 S., 14,90 €

Wissenschaftliche Aufarbeitung


20. Ausgabe des Jahrbuchs für Historische Kommunismusforschung

(bst) Seit der ersten Ausgabe des Jahrbuchs für Historische Kommunismusforschung (JHK) 1993 geht es den Herausgebern darum, „einen kritischen Blick auf die Vergangenheit kommunistischer Herrschaft und ihre Hauptträgerinnen, die ‚Parteien neuen Typs‘ zu werfen“. Seitdem hat sich das JHK zur führenden deutschsprachigen Plattform der internationalen Forschergemeinschaft entwickelt, die sich mit der Geschichte des Kommunismus in all seinen Erscheinungsformen beschäftigt. Rund 370 Autorinnen und Autoren haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten ihre Arbeiten im JHK veröffentlicht. Wer sich mit der Geschichte des Kommunismus beschäftigt, kommt am JHK nicht vorbei.

Im zwanzigsten Jahr des Erscheinens feiert der Begründer des Jahrbuches, Prof. Dr. Hermann Weber, seinen 85. Geburtstag. Der Nestor der historischen Kommunismusforschung rekapituliert in der aktuellen

Ausgabe die Geschichte der Zeitschrift „Der dritte Weg“, mit der die Autoren den Einfluß des SED-Regimes zu schmälern versuchten.

Das Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2013 verdeutlicht die inhaltliche Breite der Fragestellungen und Forschungsinteressen zum historischen Kommunismus. Die Themen reichen von der Kollektivierung der weißrussischen Landwirtschaft (Małgorzata Ruchniewicz) über Edvard Beneš und die Sowjetisierung der Tschechoslowakei (Gerhard Wettig) bis zu finnischen Bemühungen, 1953 ein neutrales Skandinavien zu schaffen (Peter Ruggenthaler). Mit einem Beitrag zum DDR-Volksaufstand vom 17. Juni 1953 (Ilko-Sascha Kowalczyk) widmet das Jahrbuch einem Ereignis Aufmerksamkeit, das vor 60 Jahren Deutschland und die kommunistische Welt erschütterte.

Weitere Wissenschaftler untersuchen den Umgang mit sowjetischen Ehrenmalen im postsowjetischen Raum oder widmen sich den Protagonisten der Kommunismusforschung in Deutschland, Italien und anderen europäischen Ländern. 


Ulrich Mähler u.a. (Hg.) im Auftrag der Bundesstiftung Aufarbeitung: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2013*, Aufbau Verlag, Berlin 2013, 432 S., 52 Abb., 38,- €

Via Knast in den Westen

(VT) Der Chemnitzer Kaßberg war lange schon ein Gefängnisstandort. Aber erst in der DDR erhielt der Gefängnisbau als Stasi-Untersuchungshaftanstalt eine ganz spezielle Bedeutung: Er wurde zur Drehscheibe für den Häftlingsfreikauf Richtung Westen. Mehr als 30 000 Häftlinge des SED-Staates saßen hier kurze Zeit ein, bevor sie für Westgeld an die Bundesrepublik verkauft wurden.

Der Sammelband bietet erstmals eine Darstellung zum Kaßberg-Gefängnis. Eine

historische Einordnung gibt einen Überblick über die Geschichte des Haftortes, seine Rolle im Gefängnisystem der DDR, die archivalische Überlieferung und den Häftlingsfreikauf. Biographische Porträts, literarische Erinnerungen und Briefe ehemaliger Häftlinge geben die Sichtweisen Betroffener wieder. Ein Exkurs in den erinnerungspolitischen Kontext ergänzt das Buch und macht es zu mehr als einer Geschichte des Haftortes. Der Kaßberg und seine Rolle im städtischen Leben, seine Verankerung in der Gedenkstättenlandschaft und mögliche Nutzungskonzepte werden diskutiert.

Mit Beiträgen von Ludwig Rehlinger, Jan Philipp Wölbern, Utz Rachowski, Siegfried Reiprich, Eva-Maria Zehrer u. anderen. 

beschreiben die oft beschwerlichen Wege vom Arrangement über die Abkehr bis zum Widerstand. Zur Sprache kommen die Unterschiede des oppositionellen Daseins in Polen und in der DDR, die mit der jeweiligen Geschichte und Tradition in beiden Ländern, aber auch mit den spezifischen politischen Rahmenbedingungen



Nancy Aris, Clemens Heitmann (Hg.): *Via Knast in den Westen. Das Kaßberg-Gefängnis und seine Geschichte, a.d. Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen 12*, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, 304 S., 9,90 €



Andersdenkende

(VT) Der 2. Band in der Publikationsreihe der brandenburgischen Aufarbeitungsauftragten ist erschienen: Dreizehn polnische und ostdeutsche Dissidenten geben konkrete Einblicke in ihre Lebenswelt unter der kommunistischen Diktatur. Sie

Veranstaltungen

16.5. (Do), 18.00 Uhr:
„**Der Bereich Kommerzielle Koordinierung**“. Podiumsdiskussion d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

16.5. (Do), 19.30 Uhr:
„**Zugverkehr unregelmäßig**“. Spielfilm DDR 1951, Einführungsvortrag v. Dr. Claus Löser; Veranstaltung d. LAKD Brandenburg u.a. in der Reihe „Zeitschnitt – Liebe in den Zeiten der Diktatur“; Ort: Kloster Chorin, Amt 11a, 16230 Chorin

21.5. (Di), 18.00 Uhr:
„**Vom Klassenfeind infiziert?**“ Deutsche Jugendbegegnungen und die X. Weltfestspiele 1973 in Ost-Berlin; Veranstaltung d. LStU Berlin, d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. in der Reihe „2×Deutschland. Innerdeutsche Beziehungen 1953–1989“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

22.5. (Mi), 15.30 Uhr:
„**Unsichtbare Wunden**“. Gesundheitliche Spätfolgen politischer Repression in der DDR. Vortrag und Liedkonzert mit Prof. Carsten Spitzer, Tiefenbrunn, Karl-Heinz Bomberg (Gesang/Gitarre) Berlin, Otmar Desch (Klavier) Berlin; Ort: Klinikumskirche Stralsund, Rostocker Chaussee 70, 18437 Stralsund

23.5. (Do), 18.00 Uhr:
„**Wir wollten zu den Beatles... doch gelandet sind wir in der Hölle**“. Lesung u. Gespräch mit Autor Klaus-Dieter Luthardt; Veranstaltung d. Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße; Ort: Gedenk- u. Bildungsstätte, Andreasstr. 37a, 99084 Erfurt

27.5. (Mo), 19.00 Uhr:
„**Wir wollen freie Menschen sein!**“ Berlin-Premiere d. Dokumentarfilms v. Freya Klier über das jüngste Opfer beim Volksaufstand vom 17. Juni 1953; Veranstaltung d. Konrad-Adenauer Stiftung u.a.; Ort: Konrad-Adenauer-Stiftung, Akademie Berlin, Tiergartenstr. 35, 10785 Berlin; Teilnahme nur nach Anmeldung möglich, per Post: Konrad-Adenauer-Stiftung, Akademie Berlin, Tiergartenstr. 35, 10785 Berlin, per Fax: (030) 269 96 32 37, per E-Mail: anmeldung-berlin@kas.de; bitte Veranstaltungsdatum mit angeben

28.5. (Di), 18.00 Uhr:
„**Der Gulag im 20. Jahrhundert**“. Eine europäische Erfahrung. Vortrag v. Julia Landau, wiss. Mitarbeiterin Gedenkstätte Buchenwald; Veranstaltung d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam im Rahmen der Themenwoche „60 Jahre Aufstand im Gulag-Lager Workuta“; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

28.5. (Di), 19.00 Uhr:
„**Grenzregime der DDR**“. Buchpräsentation mit Autor Dr. Peter Joachim Lapp; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin



28.5. (Di), 19.00 Uhr:

Unterirdisch in die Freiheit – Flucht von Bauingenieurstudenten vor und nach dem Mauerbau. Vortrag u. Diskussion; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden u.a.; Ort: TU Dresden, Mommstr. 11, 01069 Dresden

29.5. (Mi), 16.00 u. 18.00 Uhr:

16.00 Uhr – **Jour fixe**. Führung, Bücher-tisch, Gespräche; 18.00 Uhr: Filmvorführung „**Reise in die Hölle – Straflager Workuta**“ (Dok.-film 2004 v. Rita Knobbel-Ulrich), anschließend Horst Schüler im Gespräch mit Dr. Ines Reich; Veranstaltung d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam im Rahmen der Themenwoche „60 Jahre Aufstand im Gulag-Lager Workuta“; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

29.5. (Mi), 19.00 Uhr:

Der 17. Juni 1953 – Die Ereignisse in Berlin und der DDR. Vortrag u. Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. LStU Berlin u.a.; Ort: Berliner Rathaus, Rathausstr. 1, 10178 Berlin

30.5. (Do), 10.00 Uhr – 31.5. (Fr), 13.00 Uhr:

„Widerstand gegen den Kommunismus. Vom 17. Juni 1953 bis zum Ende der kommunistischen Diktatur“. 24. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung; Ort: Bautzener Brauhaus, Thomas-Mann-Str. 7

30.5. (Do), 14.00-18.00 Uhr:

Besuchertag. Führungen durch das Stasi-Archiv, Antragstellung u.a.; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, Seiteneingang C, 01129 Dresden

30.5. (Do), 18.00 Uhr:

Dokumentarische Collage. In der Reihe Junge Zeitgeschichte(n) lesen Schüler für Schüler aus Erinnerungen ehem. Häftlinge der Leistikowstraße u. d. Lagers Workuta; Veranstaltung d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam im Rahmen der Themenwoche „60 Jahre Aufstand im Gulag-Lager Workuta“; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

31.5. (Fr), 17.00 Uhr:

Eröffnung der Sonderausstellung mit anschließender Kranzniederlegung. „Workuta – zur Geschichte eines sowjetischen Straflagers“, Ausstellung v. Horst Schüler in Zusammenarbeit mit Dr. Horst Hennig u. d. VDK; Veranstaltung d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam im Rahmen der Themenwoche „60 Jahre Aufstand im Gulag-Lager Workuta“; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

verbunden sind. Mit den Interviews sind hervorragende Zeitdokumente entstanden, die jene geistigen und moralischen Ressourcen vermitteln können, aus denen die Kraft erwuchs, ein hochgerüstetes politisches System zu Fall zu bringen.

Herausgeber Krzysztof Wojciechowski wurde 1956 in Warschau geboren und arbeitet seit 1991 an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, für die er das Collegium Polonicum in Slubice leitet. Er ist Gründer des Vereins „My Life – erzählte Zeitgeschichte e.V.“ (mylife-online.eu), dessen Archiv Hunderte Biographien von Bewohnern des deutsch-polnischen Grenzgebietes umfaßt.

.....
Krzysztof Wojciechowski: Andersdenken. Oppositionelle aus dem Raum Frankfurt (Oder) – Gorzów Wielkopolski berichten, a.d. Schriftenreihe der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur 2, Metropolverlag 2012, 207 S., 19,- €

Wo ist Lieutenant Adkins?

(VT) Daß Soldaten aus der DDR in den Westen flüchteten, weiß jeder. Daß Nato-Soldaten in die DDR überliefen, ist weitgehend unbekannt. Dabei hatten die Deserteure oft gute Gründe. Da ist der anscheinend überzeugte Sozialist William D. Adkins aus Indianapolis, der sich willig in die Arme der Stasi begibt, Karriere macht und am Ende spurlos verschwindet. Richard Coffman sucht in der DDR Asyl, um dem Kriegsgemetzel in Korea zu entgehen – und kehrt dennoch in einem Zinnsarg in die USA zurück. Der Afroamerikaner Charles Lucas will dem Rassismus in der US Army entkommen – und nimmt ein unglückliches Ende. Peter Köpf widmet sich in seinem packend erzählten Sachbuch diesem vergessenen Kapitel des Ost-West-Konflikts und beleuchtet zehn Schicksale von Deserteuren, die die Stasi „Freunde“ nannte, aber wie Feinde behandelte. Es sind private Geschichten des Kalten Krieges aus einer ungewohnten, neuen Perspektive.



.....
Peter Köpf: Wo ist Lieutenant Adkins? Das Schicksal desertierter Nato-Soldaten in der DDR, Ch. Links Verlag, Berlin 2013, 224 S., 19,90 €

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im April und Mai Geburtstag haben

Anneliese Spengeler am 1. April, Kurt Neumann am 2. April, Margot Franke am 3. April, Manfred Isikli am 4. April, Werner Weiße am 5. April, Horst Kerkow am 7. April, Hans-Jürgen Rief, Manfred Schulze, Holger Streicher am 9. April, Gerhard Gleich am 10. April, Klaus-Jürgen Finke am 11. April, Horst Lüttich am 12. April, Hans Keiling am 13. April, Werner Rösler, Rudi Rössel, Karl Zschörnig am 22. April, Silvia Stimming am 23. April, Joachim Lauterbach am 24. April, Dieter Genoske am 25. April, Willy Bleschke, Bernd Jugendheimer, Peter Kiethe am 27. April, Helmut Zock am 28. April, Fritz Schubert am 2. Mai, Lydia Wiebeck am 3. Mai, Reinhard Nedlitz am 4. Mai, Gisela Fritzsche am 6. Mai, Emil Kort am 10. Mai, Joachim Fischer am 12. Mai, Käthe Zemke am 14. Mai, Heinz Borkenhagen am 16. Mai, Bernd Gutermuth, Wolfgang Stieber, Leo Zwirschke am 22. Mai,

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1
 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
 Mo-Fr, 14-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Kerstin Kuzia (Thema DDR-Heime u. JWH,
 in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Anlaufstelle „Fonds Heimerziehung“),
 Do 11-16 Uhr
 Tel. (030) 57 79 87 39
 E-Mail kuzia@uokg.de

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1
 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 49 63 34
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik
 Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Peter Schnurer am 26. Mai, Siegfried Jahnke, Günter Polster am 27. Mai, Manfred Dominka, Christa Matuszewsky am 28. Mai, Ursula Palmer am 30. Mai, Harald Kothe am 31. Mai

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Jürgen Antlitz, Heinz Assig, Klothilde Baier, Hans-Joachim Berndt, Rüdiger Bernhard, Hans-Otto Dittner, Margarete Erdmann, Peter G.M. Feige, Annelie Fratz, Wolfgang Gienau, Horst Großmann, Uwe Helmbrecht, Günter Herrmann, Manfred Hofmann, Helmfried Huschak, Heinz Jobs, Heiner Kausch, Werner Keller, Dr. Hansjochen Kochheim, Peter Kopp, Ursula Krauß, Katharina Krikowski-Martin, Kurt Kugler, Prof.Dr. Willi Leppler, Hella Meißner, Evelin Pakosta, Eike Radewahn, Michael Rutkowski, Ingrid Schmidt, Horst Schmiel, Siegbert Schmolke, Dr. Walter Schöbe, Richard Schulze, Manfred Smala, Günter Stark, Dr. Heinz Steudel, Elke Straube, Bernd Trillhose, Harry Walter, Dieter Weise, Margitta Wesselhöft, Vera Wilhelm, Jürgen Kurt Wenzel, H. Wüstemann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Wirklich eine Sache vorwärts bringt man dann, wenn man sich nicht darum schert, wer dafür gelobt wird.

Janet Neel

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)


Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com
Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 10. April 2013

